

# RÄTE KORRESPONDENZ

No:18/19 September 1936

Theoretisches- und Diskussionsorgan für die Rätebewegung

Ausgabe der Gruppe internationaler Kommunisten-Holland

## Inhalt:

Seite

M A S S E N S T R E I K I N F R A N K R E I C H I .... 1.

K L A S E N K A M P F I N S P A N I E N I .....15.



.....  
: R A T I O R R E S P O N D I Z No. 13/10 August 1930. :  
: Theoretisches und Diskussionsorgan für die Rätebewegung :  
: Ausgabe der Gruppe internationaler Kommunisten - Holland :  
:.....  
M A S S E N S T R E I K I N F R A N K R E I C H

1.

Die grosse Streikbewegung der französischen Arbeiter, die Ende Mai in einigen Metallbetrieben in der Umgebung von Paris begann und ihren Höhepunkt schon vor Mitte Juni erreichte, kann am Ende dieses Monats als abgeschlossen betrachtet werden. Zwar folgen noch immer wieder einzelne Streiks mit denselben Erscheinungen wie im Juni, doch es bleiben einzelne Streiks und sind somit nur als die Nachzügler der grossen Bewegung anzusehen.

Diese Streikbewegung ist ohne Frage für die französische Arbeiterbewegung ein Wendepunkt und nicht nur für die französische allein. Darüber hinaus ist dem unaufhaltsamen Vordringen der Bourgeois-Reaktion, die nach der Niederlage der revolutionären Bewegung in Deutschland, Österreich, Ungarn, Italien u.s.w. in den Jahren 1919 - 1920 - 1921 einsetzte, und die mit dem Einsetzen der national-sozialistischen Parteidiktatur in Deutschland sich überall breit machte, ein Halt geboten. Ob dieser Halt zu einem Wendepunkt in der Entwicklung wird, und dem Proletariat mehr Lebensraum und auch Kampfmöglichkeiten gibt, oder ob es nur ein Aufatmen war vor noch tieferem Fall, das wird die Zukunft lehren. Aber wie dem auch sei -, es wird sich der Mühe lohnen, diese Frage nach allen Richtungen hin zu untersuchen, denn ihre Beantwortung ermöglicht uns einiges von den kommenden Kämpfen im Voraus zu sehen. Für die französischen Arbeiter aber kommt es darauf an, dass sie den von ihnen selbst eingeschlagenen Weg im Klassenkampf begreifen, denn nur wenn sie ihn bewusst fortsetzen, werden sie auf denselben Fortschritte machen, können sie zu dem ersten Erfolge neue hinzufügen. Wird es ihnen nicht bewusst, dass sie neue Wege im Klassenkampf gegangen sind, dann gewinnen die Methoden der parlamentarisch-gewerkschaftlichen Arbeiterbewegung wieder die Oberhand, dann lassen sich die Arbeiter binden an Tarifverträge, legen sich selbst den gewerkschaftlichen Organisationszwang auf und werden so gebunden der Bourgeois-Reaktion ausgeliefert. Eine neue Welle von politischer Knechtung und wirtschaftlicher Verelendung schwemmt dann alle Errungenschaften wieder hinweg, was schliesslich zu einem Zustande führt, wo der letzte Rest der legalen Arbeiterbewegung ausgerottet ist. In diesem Sinne gesehen, hängt der weitere Verlauf der Entwicklung, nicht nur in Frankreich, sondern weit darüber hinaus, von der Einsicht und Tatkraft ab, die das französische Proletariat in der nächsten Zukunft entwickeln wird.

"Die Befreiung der Arbeiterschaft kann nur das Werk der Arbeiter selbst sein", - dieser Satz ist nicht nur wahr, wo es um die endgültige Befreiung, um das Abschütteln der politischen und ökonomischen Herrschaft der Bourgeoisie geht. Auch wenn es geht um die Abwehr von politischen und wirtschaftlichen Verschlechterungen oder um Verbesserungen, d.h. also um



Kämpfe, die nicht den Sturz der Kapitalherrschaft zum Ziel haben - auch dann müssen die Arbeiter selbst handelnd auftreten. Diese alte Wahrheit ist durch die letzte grosse Streikbewegung in Frankreich wieder einmal überzeugend bewiesen worden. Wenn man den Partei- und Gewerkschaftsführern glauben will, dann ist es die Partei oder die Gewerkschaft, wodurch die Verschlechterungen zurückgewiesen oder Verbesserungen erreicht werden. In Wirklichkeit sind sie davon überzeugt (viele von ihnen machen auch kein Hehl daraus), dass sie selbst es sind, die am Verhandlungstisch "etwas für die Arbeiter herausholen" oder im Parlament durch Überzeugende Reden und eine geschickte Taktik ein Maximum von Erfolg erreichen. Darum wird auch die Organisation den "besten Köpfen" untergeordnet um zu einem tauglichen Instrument in ihren Händen zu werden. Und doch ist es eine Binsenwahrheit, dass kein Kapitalist Zugeständnisse macht an einen Unterhändler, wenn er nicht mit dem tatkräftigen Auftreten der Arbeiter zu rechnen hat. Hoch viel weniger wird die besitzende Klasse durch glänzende Reden sich bewegen lassen, den Arbeitern politische Rechte zu geben, wodurch ihre eigene Klassenherrschaft bedroht wird. Die Arbeiter müssen selbst aufmarschieren und die Macht der Besitzenden bedrohen, dann erst rufen diese um die Unterhändler und bieten Zugeständnisse an um damit die Arbeiter zu beschwichtigen.

Die Partei- und Gewerkschaftsbürokratie hat in den letzten 15 Jahren Alles getan um diese Wahrheit vergessen zu machen. Das gelingt ihr natürlich nur, wenn keine Aktionen stattfinden, die sie ins Gedächtnis zurückrufen, und das war eben seit der Niederlage der revolutionären Bewegung nach Kriegsende der Fall.

Hiermit rühren wir einen Punkt an, den man besonders ins Auge fassen muss, wenn man die Arbeiterbewegung in der Nachkriegszeit und auch die jetzige Streikbewegung in Frankreich verstehen will. Zuerst wird dann deutlich, dass durch gewöhnliche Streiks in einzelnen Betrieben und Industrien, ja selbst in mehreren Industrien, die Kapitalherrschaft nicht bedroht wird. Überall haben in den modernen kapitalistischen Ländern in den letzten 15 Jahren solche Streiks stattgefunden und in keinem einzigen Falle konnte von einem Zurückweichen der besitzenden Klasse gesprochen werden. Die politische und wirtschaftliche Macht der Kapitalisten wurde dadurch nicht bedroht. Der eine Grund, wodurch Unternehmer im Falle eines Streiks zum Nachgeben gezwungen werden konnten, nämlich wirtschaftliche Schädigung, fällt heute nicht mehr ins Gewicht. Nach allen möglichen Seiten hin sind sie heute gegen solche Schäden versichert, ja sie laufen umgekehrt Gefahr wegen Zugeständnissen an die Arbeiter von kapitalistischer Seite aus geschädigt und bestraft zu werden. Besonders deutlich kam dies zum Ausdruck in Belgien, wo der Staat in der letzten grossen Streikbewegung entscheidend eingriff. Als typisches Beispiel nennen wir nur die Art und Weise, wie dem Strassenbahnerstreik in Antwerpen ein Ende gemacht wurde. Einige Tage nachdem ein Angebot der Unternehmer mit 5% Lohnerhöhung von den Streikenden mit grosser Mehrheit abgewiesen war, einigten sich Unternehmer und Gewerkschaften über eine Lohnerhöhung von 3%. Die Versammlung der Streikenden, die hierzu Stellung nehmen sollte, endete in einem Tumult und kam zu keinem Beschluss. Darauf rief der Gouverneur der Provinz Antwerpen die Direktion der Strassenbahn und die Führer der betreffenden Gewerkschaften zu sich und teilte ihnen mit, dass die Behörde es nicht dulden könne, dass die öffentlichen Verkehrsmittel still liegen. Er drohte mit der Anwendung der "Notverord-

nung" vom 22. Juni 1936, in den ersten Tagen der belgischen Streiks ordnen, die der Behörde das Recht gibt die Wiederaufnahme der Arbeit zu befehlen und diejenigen, die dem Befehl nicht Folge geben, mit Geldstrafe und Gefängnis bedroht. Die Gewerkschaften beschlossen darauf, den Streik für beendet zu erklären. Die Streikenden selbst fügten sich schliesslich auch, hauptsächlich wohl, weil die grosse Streikwelle schon abgeklaut war. Auf diesem besonderen Gebiete haben die Arbeiterpartei und Gewerkschaften eine stets steigende Rolle gespielt, eben weil für den Bestand der Kapitalherrschaft Alles davon abhängt, dass die Streiks und Aktionen der Arbeiter sich im gesetzlichen Rahmen bewegen, d.h. in ungesetzliche Bahnen abgelenkt werden. Aus diesem Grunde waren die bestehenden Arbeiterorganisationen für staatliche Funktionen wie geschaffen. Sie beherrschen am sichersten das Denken und Handeln der Arbeitermassen, und wenn das auch im Laufe der Zeit immer weniger wahr wird, so beherrscht die Organisationsbürokratie um so sicherer den organisatorischen Apparat von Partei und Gewerkschaft. Und das ist, solange die Arbeiter für ihre Aktionen keine anderen Organisationen haben, entscheidend.

Die Rolle, welche diese Organisationsbürokratie spielt, ist nun ohne Weiteres deutlich: sie ist bestrebt alle Konflikte, auf politischem wie auf wirtschaftlichem Gebiete, zu vermeiden. Bei Konflikten in Einzelbetrieben gelingt ihr das in der Regel, weil es für die Arbeiter einzelner Betriebe aussichtslos ist zu streiken, noch dazu ohne die Unterstützung der Organisation. Wegen die Arbeiter es doch, dann besteht kein Zweifel, dass sie zur Strecke gebracht werden, ob es nun ein wilder Streik ist oder ob er ausnahmsweise von der Gewerkschaft anerkannt und unterstützt wird. Doch damit ist der Konfliktstoff nicht aus der Welt, denn automatisch setzen sich nun die Unternehmerinteressen durch. In grösseren Bewegungen macht sich dann dieser Konfliktstoff Luft und hier tritt die Organisationsbürokratie aktiv zusammen mit der Staatsgewalt auf, oder wie es oftmals schon der Fall war, sie ist selbst Inhaber der Staatsgewalt. Mit allen Bewegungen werden solche Bewegungen bekämpft, lokalisiert, die Arbeiter mit der bewaffneten Macht bedroht, dem Hunger preisgegeben, und so die Bewegung schliesslich erstickt. Jedes kapitalistische Land hat nach dem Kriege in unaufhörlicher Reihenfolge solche Bewegungen und ein solches Auftreten der Organisationsbürokratie erlebt.

So lehrt uns die Geschichte der Arbeiterbewegung in der Nachkriegszeit, dass nur grosse allgemeine Massenaktionen, wodurch die Herrschaft der Bourgeoisie selbst bedroht wird, in stande sind, das Kapital zu Zugeständnissen zu bewegen. Aber sie lehrt uns zugleich, dass solche Massenaktionen nur zum Erfolg führen, wenn sie sich gegen und ausserhalb der alten Arbeiterorganisationen entfalten. Das heisst aber auch, dass die Arbeiterklasse für die Durchführung dieser Massenaktionen neue, andere Organisationen schaffen muss, denn ohne Organisation ist ein gemeinsames Handeln der Arbeitermassen nicht möglich.

In einer Situation, wo die breiten Arbeitermassen die Fesseln der staatlichen und gewerkschaftlichen Ordnung von sich abwerfen, da müssen die Vertreter der Ordnungsparteien und Gewerkschaften für diese Ordnung eintreten. Vor Allem in der zweiten Periode der Streikwelle, als die Regierung Blum die Macht übernommen hatte, war die Aktivität der Volksfront-Organisationen in dieser Richtung gross. So erklärte Maurice



Thorez am 15. Juni in einer Versammlung der Pariser Kommunisten, im Gymnasium Jean Jaurès: "Man muss einen Streik zu beenden wissen im Augenblick, wo die wesentlichen Forderungen bewilligt sind. Man muss selbst verstehen einem Kompromiss zuzustimmen, damit man keine Kraft verspielt und vor allem nicht die Aufhetzungskampagnen und das Erwecken einer Panik durch die Reaktion erleichtert."

Und Jacques Duclos schreibt in der "Humanité" vom 10. Juni: ". . . unsere Partei, die genügend politischen Mut hat (hört, hört!), liess ihre Stimme hören und hat gesagt: "Die Kameraden Arbeiter, deren Forderungen bewilligt sind, müssen die Arbeit wieder aufnehmen."

Sie üben nur ihre Funktion aus und sie folgen nur dem Gebot der Selbsterhaltung, die einzelnen Führer sowohl wie die ganze Organisation, wenn sie so handeln. Das Kapital zwingt solche Handlung ab, weil demokratischer Staat und Gewerkschaftsorganisation nur solange bestehen, wie sie eine Ordnung garantieren können, die die Kapitalproduktion ermöglicht. Können die Arbeiterparteien und Gewerkschaftsorganisationen eine solche Ordnung nicht garantieren, dann stehen schon die faschistischen Organisationen bereit, die mit der Staatsmacht ausgerüstet, die Arbeiter unterwerfen und für die kapitalistische Ausbeutung gefügig machen. Darum kämpfen die Volksfrontparteien und Gewerkschaften gegen den "Faschismus" -, denn wird der "Faschismus" zur herrschenden Ordnung, dann werden sie vernichtet, ihre Funktion als Vermittler und Unterhändler ist dann abgelaufen. Auf der andern Seite werden sie bedroht von den grossen Massenbewegungen, die die "Ordnung" durchbrechen. Der Kampf der alten Arbeiterorganisationen ist darum in nicht minderen Masse gegen diese Massenbewegungen gerichtet, d.h. auch gegen jede Person und jede Organisation, ja gegen jeden Gedanken, der solche Bewegungen fördern könnte. Darum müssen auch die Bolschewisten als Teil der "Volks-" und Gewerkschaftsfront dagegen zu Felde ziehen.

Zahlreich sind denn auch die Aufrufe, worin die verschiedenen Arbeiterorganisationen warnen vor sogenannten Provokateure und verdächtige Elemente, die "mit den Streiks nichts zu tun haben" und die die Arbeiter "aufhetzen" um die Konflikte zu verschärfen und zu verlängern. So erklärte Salongre, Minister des Innern, im Ministerrat Blum am 11. Juni: "Ich warne die Arbeiterklasse vor all den Elementen, die nichts mit der Gewerkschaftsbewegung zu tun haben, und vor all denjenigen von rechts oder von links, die versuchen die heutigen Schwierigkeiten zu verärgern oder zu verlängern."

Anlässlich der Beschlagnahme des Trotzkiistischen Blattes "La Vie ouvrière" schreibt die "Humanité" (15. Juni): "Mit diesen Provokateuren haben wir nichts gemein."

Die Frage ist nun, wie bekämpft die Volks- und Gewerkschaftsfront die Massenbewegung und wie muss darauf von Seiten des revolutionären Proletariats geantwortet werden. Auf den ersten Teil dieser Frage hat die Volks- und Gewerkschaftsfront in Frankreich und Belgien (auch in Holland, siehe Fischer-Streik in IJmuiden) schon in der Praxis eine ausgiebige Antwort gegeben. Wir haben nur nötig aus der Fülle dieser Praxis einiges herauszugreifen. So wird uns z.B. über das Auftreten des K.P.-Abgeordneten von Boulogne, Costes, der zugleich Sekretär des Metallarbeiter-Vorbandes ist, berichtet: "Wie bekannt war bei Renault die Arbeit nach 3 Tagen wieder aufgenommen worden, unter der Bedingung, dass die Unterhandlungen über den Kollektivvertrag sofort beginnen sollten; aber als

Die Arbeiter bemerkten, dass die Unternehmer die Verhandlungen sabotierten, legten sie sofort die Arbeit nieder. Die Direktion hat dann Costes mit ihrem Auto geholt, der von den Arbeitern mit Rufen wie: "Schuft!" "Du hast dich schon verkauft!" u.s.w. empfangen wurde. Herr Costes ging zuerst zur Direktion und sprach nachher erst zu den Arbeitern, die er aufforderte ohne weiteres die Arbeit aufzunehmen. Das gelang ihm nicht und die Komm. Part. befand sich in einer schwieriger Lage. Die Rettung kam von den Unternehmern, die am selben Abend die Verhandlungen abbrachen mit der Erklärung, dass sie unter dem Druck der besetzten Betriebe nicht zu Verhandlungen bereit waren. Dies verschaffte der Komm. Part. den willkommenen Anlass, die Arbeiter jetzt auch zum Streik aufzurufen, während diese schon 24 Stunden die Arbeit niedergelegt hatten."

An diesem Beispiel ist zu sehen, wie in den einzelnen Betrieben von Anfang an versucht wurde, die Arbeiter vorläufig mit Versprechungen abzuspeisen, um, als das nicht gelang, die volle Autorität des (hier kommunistischen) Gewerkschaftsführers in die Wagschale zu werfen. Als auch das ohne Erfolg bleibt, wird die Schwendung vollzogen und stellt sich die Organisation an die Spitze der Bewegung. Diese Schwendung war absolut notwendig, wenn die Volks- und Gewerkschaftsfront nicht allen Einfluss bei den Streikenden verlieren wollte. Der Massenstreik war gegen den Willen der Organisationen zur Tatsache geworden. Man galt es, ihm einen solchen Charakter zu geben, dass er der kapitalistischen Ordnung nicht gefährlich werden konnte. Darum vor allem "Ordnung". Ordnung in der Streikhandlung selbst. Keine Eingriffe in das Eigentumsrecht, keine Gefährdung der öffentlichen Sicherheit. Man kann nur eine Sorge, dass das Auftreten der Streikenden nicht gegen das bürgerliche Gesetz verstösst. "Ordnung", auch bei der von den Arbeitern allgemein durchgeführten Besetzung der Betriebe. Mit welchem Eifer die "beispiellose Ordnung" in den besetzten Betrieben, wie überhaupt die Disziplin der Streikenden gerühmt wird, davon kann man sich kaum einen Begriff machen. Wir bringen auch hierfür nur einen Auszug aus der "Populaire":

"Uebrigens wurde sofort, mit Disziplin, die Arbeit unter dem Betriebs-Besetzern verteilt. Die Arbeitsräume wurden von unten bis oben gereinigt, während bei den Feuerlöschapparaten Wachtposten ausgestellt wurden. Zugleich wurden alle Sicherheitsmassregeln getroffen zum Schutze der im Bau befindlichen Apparate und schliesslich ist es, ebenso wie in Issy, verboten Alkohol in den Betrieb zu bringen. Auf Ansuchen von Costes kam der Polizei-Kommissar die Fabrik besichtigen und er konnte nur die völlige Tauglichkeit der getroffenen Massnahmen konstatieren." (Pop. 28. Mai 1936).

Dass die Besetzung der Betriebe im Streik eine gegen das Kapital gerichtete und darum auch ungesetzliche Handlung ist, darüber besteht kein Zweifel, auch nicht bei der Volks- und Gewerkschaftsfront. Die Frage ist für sie nur, wie diese Handlung ungesetzhafte oder wenigstens ungeschädlich gemacht werden kann. Die Enträumung der Betriebe mit der besetzten Macht kam, nachdem die Betriebsbesetzung eine allgemeine Erscheinung geworden war, nicht mehr in Frage. Man musste damit rechnen, dass die Arbeiter sich zur Wehr setzen, und wenn es so grosse Massen sind, dann ist der Ausgang des Kampfes noch nicht sicher. Die Fabriken selbst laufen dabei Gefahr vernichtet zu werden, und die Volksfrontregierung muss selbst ihre eigenen Anhänger niederkartätischen. So oder so bedeutet das das Ende der Volksfrontregierung. Darum hatte sie keine



Wahl. Die Volks- und Gewerkschaftsfront musste Denken und Handeln der streikenden Arbeiter beherrschen, und dadurch für das Kapital ungefährlich machen. Wir haben uns davon überzeugen können, dass sie diese Aufgabe glänzend gelöst hat. Sie war beweglich genug, um da auszuweichen, wo die Streiks revolutionären Charakter annahmen. Die Regierung sorgte dafür, dass die Streikenden auf keinen Widerstand stiessen; in den Betrieben nicht, und nicht bei Demonstrationen auf der Strasse; sie stiessen ins Leere. Die politischen Machtmittel des Staates und die Verfügungsgewalt des Kapitals über die Betriebe wurden dadurch nicht angetastet, wenigstens solange nicht, wie die besetzten Betriebe von den Arbeitern selbst beschützt und in Ordnung gehalten wurden. Und darauf kommt es schliesslich doch nur an.

Und doch fühlt die besitzende Klasse, -mehr als dass sie es weiss, -das Gefährliche einer solchen Situation. Wenn eine solche Streikbewegung, mehr noch als es in Frankreich und Belgien geschah, gleichzeitig und allgemein erfolgt, dann ist kein Vergleich mehr möglich. Und doch kann ein solcher Übergang von kapitalistischer Ordnung und Disziplin zur revolutionären Ordnung und Disziplin jeden Augenblick erfolgen, wenn nur die Bewegung gross genug und die Möglichkeit, Konzessionen zu machen, erschöpft ist. Oder, - das ist die politische Erscheinungsform solcher Geschehnisse, wenn die Ideologie der alten Arbeiterbewegung nicht mehr das Denken und Handeln der Arbeitermasse beherrscht.

Die französische Bourgeoisie, und nicht nur die französische allein, überall in der Welt stellt die Bourgeoisie mit Bangen die Frage: Werden die Gewerkschaften und Volksfrontparteien in der Lage sein die Arbeiter im Zaum zu halten? Und welche Antwort geben die Gefragten? Lesen wir, was darüber das Hauptorgan der französischen Sozialisten, "Populaire" schreibt:

Die Zeitungen von Rechts, oder besser, die Zeitungen der Bourgeoisie, verweisen auf die Mühe, die eine Streikbewegung von einem Umfang wie man gegenwärtig wahrnehmen kann, hat, um plötzlich zum Stillstand zu kommen, selbst dann, wenn ein versöhnlicher Geist geweht hat... Die feinen Herren wenden sich an die C.G.T. um ihr zu sagen: Ihr habt doch getan was möglich war, mit der Hilfe und selbst der Initiative einer Volksfrontregierung mit welcher ihr Übereinkommen gegenseitiger Zusammenarbeit habt. Wohlan! Ihr seht, die Gewerkschaften sind nicht Herr über alle Arbeiter und die Kraft der Streikwelle geht über sie hinweg..... Anstelle die aufeinander folgenden Arbeitsniederlegungen aufzuzählen, taten sie (die Zeitungen) besser, die Bilanz zu ziehen von den grossen Unternehmungen, die in einigen Tagen ihre Bewegung begonnen und beendet haben.....

....Aber selbst, wenn von eurer Seite nicht übertrieben wäre, bewusst oder unbewusst, wenn tatsächlich die Gewerkschaftsorganisation auf die gesamte Arbeiterklasse nicht den Einfluss haben sollte, den ihr im Augenblick allen Anlass habt zu wünschen, - wen trifft die Schuld?... Im Verlauf des Streiks sind... etwa 2 Millionen Arbeiter ... von der Bewegung erfasst. Hiervon ist keine halbe Million in den Gewerkschaften organisiert. Ich wiederhole: Wen trifft die Schuld?

An Propaganda hat es nicht gefehlt. Aber wer hat sich gegen die Ausdehnung und Befestigung ihrer Resultate widersetzt?... Wir wollen sprechen über die Unternehmer selbst. Haben sie nicht während Jahren und wieder Jahren

derum Jahren den Gewerkschaften die Anerkennung geweigert, „die doch gesetzlich anerkannt sind? War es denn nicht eine allgemein gebräuchliche Handlungsweise ... die Organisierten so viel wie möglich auf die schwarze Liste zu setzen, sie aus den Betrieben und von den Arbeitsplätzen zu verjagen, unter Vorwänden, oder selbst ohne jeden Grund? Wenn daher die Bourgeoisie im Augenblick bedauert, dass die Gewerkschaften nicht über die vollkommene Autorität verfügen, die sie nötig haben, ... dann ist sie es, die hier direkt zufassen muss... Es lohnt sich der Mühe, um die Reklame für die Gewerkschaften zu sehen, die von der Bourgeoisie und ihren Helfern im Augenblick gemacht wird. Wir zweifeln nicht daran, dass die Arbeiter davon profitieren und in Zukunft begreifen werden, dass sie, indem sie sich organisieren, nicht nur nützlich sind für sich selbst, sondern auch für die Nation als Ganzes" (Populaire, Juni 1933).

Man ist sich im Lager der Reformisten sehr wohl bewusst, dass die Gewerkschaften und Volksfront die erste Feuerprobe bestanden haben. Sie pochen darauf und nehmen natürlich die Gelegenheit wahr, den Unternehmern gegenüber eine möglichst günstige Position einzunehmen. Sie machen es der Bourgeoisie begreiflich, dass die Ordnungsfunktion von Volksfront und Gewerkschaften für sie im Augenblick unentbehrlich ist. Von diesem Gesichtspunkt aus gesehen hat das aktive Auftreten der französischen Arbeiter die Position der Volks- und Gewerkschaftsfront erst recht gefestigt. Die Aktion zeigte, wie gefährlich ein selbständiges Auftreten der Arbeiter für die Bourgeoisie werden kann, und zugleich gab sie Volksfront und Gewerkschaften Gelegenheit zu beweisen, dass sie dieselbe bändigen, "ordnen", können. Aber mehr noch. Es ist jedem einsichtigen Kapitalisten deutlich geworden, auf welchem Wege man solche gefährlichen und allgemeinen Aktionen eindämmen, ungefährlich machen und schnell beenden kann. Man muss den Einfluss der Gewerkschaften vergrössern, muss sorgen, dass die breiten Arbeitermassen, die bis dahin ausserhalb der Gewerkschaften standen, der Organisationsdisziplin unterworfen werden. Eine solche Unterwerfung der Lohnarbeiter wird von dem grössten Teil der französischen Bourgeoisie im Augenblick noch für sicherer gehalten als die faschistische, die alle Sicherheitsventile dichtdreht, und schliesslich mit Henker und Beil, mit Gasbomben und Maschinengewehren arbeiten muss. Aber doch gibt die Bourgeoisie nicht ohne Grund eine solche Machtposition an Gewerkschaften und Volksfrontparteien, wie jetzt in Frankreich. Wenn sich nicht zeigt, dass soziale und politische Spannungen vorhanden sind, ja, selbst wenn sie in nicht genügendem Masse zum Ausbruch kommen, dann regeln die Unternehmer mit "ihren" Arbeitern, und die bürgerlichen Parteien in ihrem Staate, am liebsten die Geschäfte selbst. Aber das ist es eben, was im modernen Frankreich anders geworden ist. Der Hochkapitalismus hat gemacht, dass Einzelbewegungen unmöglich geworden sind und sich Spannungen aufhäufen, und die langwährende Krise macht die Not, und damit auch die Spannungen so gross, dass sie sich in allgemeinen Aktionen entladen. Hier hat der einzelne Unternehmer und auch die bürgerliche Partei ausgespielt. Hier beginnt die Rolle der Arbeiterparteien und Gewerkschaften, die, um ihre eigene Existenz zu halten, gezwungen sind, sowohl das Kapital wie die Lohnarbeit, Bourgeoisie sowohl wie Proletariat im Leben zu erhalten, Dies ist der dritte wichtige Ge-



sichtspunkt, der uns zum Verständnis der französischen Streikbewegung führt.

Man befindet sich im Irrtum, wenn man nur auf das Abwürgen der Streiks durch Volks- und Gewerkschaftsfront weist und daraus schlussfolgert, dass diese Front völlig auf Seiten der Bourgeoisie steht. Natürlich war dieses Auftreten im Interesse der Bourgeoisie und ist es auch wahr, dass sie im weiteren Verlauf so gut wie ausschliesslich für dieselben Interessen eintreten wird. Je mehr die Bürokratie der Volksfrontorganisationen sich in Staatsstellungen einnistet, um so mehr wird diese Tendenz sich durchsetzen. Aber doch kann diese Aktion der Arbeitermassen der Bürokratie insofern gut zu statten, indem sie ihr half, sich bei der Bourgeoisie durchzusetzen und Anerkennung zu verschaffen. Und wenn sie ihre Interessen gut im Auge behält, dann wird sie dafür sorgen müssen, dass die Bourgeoisie die Arbeiteraktionen auch in Zukunft fürchten muss. Die Blum-Regierung zögert, mit der bewaffneten Macht die besetzten Betriebe zu enträumen. Das ist es eben, dass Volks- und Gewerkschaftsfront um ihre ordnende Funktion ausüben zu können, Beides nötig hat: Die Aktionen der Arbeiterschaft sowohl wie die Bourgeoisie die die Beendigung solcher Aktionen verlangt. Sie ist nur in Funktion, wenn Kampf zwischen Arbeiterschaft und Bourgeoisie geführt wird und von ihr im Sinne der Erhaltung der kapitalistischen Wirtschaft gebändigt werden kann. Es ist eine unmögliche Aufgabe, die sie sich stellt, denn es ist unmöglich die Arbeiter dem Kapitalinteresse zu unterwerfen ohne dadurch die Bourgeoisie zu stärken. Mit jeder Handlung, die sie zu Gunsten des Kapitals in diesem Kampf verrichtet, unterwühlt sie den Boden auf dem sie selbst steht. So bleibt ihr denn schliesslich nichts Anderes übrig, als sich völlig auf die Seite der Bourgeoisie zu stellen, wodurch es ihr unmöglich wird, mit ihren Methoden die Arbeiter dem Kapital zu unterwerfen. Damit ist denn auch ihre Funktion abgelaufen, sie muss abtreten vom Schauplatz der Politik.

Doch vorläufig ist es noch nicht so weit. Breite Arbeitermassen, bis dahin ausserhalb der Organisation stehend, glauben ihre augenblickliche Erfolge durch Volksfrontregierung und Gewerkschaftsorganisation gesichert. Sie strömen in Massen in die Organisationen um sie grösser und stärker zu machen, und damit das Erreichte zu sichern. So ist nach einem Bericht vom 27. Juni die Zahl der Gewerkschaftsmitglieder von 900.000 auf 2.600.000 gestiegen. Denn wenn Gewerkschaften und Volksfrontparteien auch gegen die wilden Streiks und hauptsächlich gegen ungesetzliche Handlungen dabei auftraten, so machten sie sich doch zum Anwalt der Forderungen, die die breiten Massen in diesen Aktionen erhoben. Es ist wahr, sie brachten auch "Ordnung" in die Forderungen, schnitten "unmögliche" und "ungerechte" Forderungen ab und gaben ihnen vor Allem eine Richtung, wodurch der Einfluss der Organisationen in zukünftigen Konflikten stärker wird. Aber schliesslich brachten sie doch zum Ausdruck, was breite Massen forderten. Und sie sind weiter für breite Massen die einzige Sicherheit in den augenblicklichen Verhältnissen, dass die bewilligten Forderungen auch eingehalten werden. Man urteilt darum falsch, wenn man meint, dass durch das Auftreten von Volksfront und Gewerkschaft-

ten gegen die Massenaktionen, die Rolle dieser Organisationen bei den Arbeitern sehr schnell ausgespielt wird. Nur erst der revolutionäre Teil des Proletariats hat seinen Gegner erkannt. Das französische Kapital ist obendrein an ein gutes Verhältnis zu den französischen Arbeitern interessiert, weil grosse Kapitalsummen in Anleihen europäischer Staaten, wie Tschecho-Slovakei, Jugoslawien, Rumänien, Polen, angelegt sind. Um diese Kapitalanlage zu beschützen und deren Zins zu sichern, muss Frankreich gegen seine Gegenspieler in der europäischen Politik, hauptsächlich gegen Deutschland, kämpfen. Die dafür angewiesene Politik ist die der anti-faschistischen "Volksfront", sie ist die ideologische und organisatorische Vorbereitung dieses Kampfes selbst. Diese Tatsache ist sicher nicht ohne Einfluss gewesen daran, dass die Volksfrontregierung die besetzten Betriebe nicht mit bewaffneter Hand enträumen liess. Wenn sie die Arbeiter aus den Betrieben herausgeschlagen hätte, dann wäre damit auch die eigene "Front", die gegen das faschistische Deutschland, d.h. auch für das im Ausland angelegte Kapital - kämpfen muss, auseinander geschlagen. Auch die Bourgeoisie hatte hierfür Verständnis, und zeigte sich in den Arbeitskonflikten aus Rücksicht mit den Kapitalinteressen in Ausland nachgiebig und versöhnungsgesinnt.

Mit welchem Fanatismus die Partei der Volksfront sich auf die Verteidigung des kapitalistischen Frankreichs gegenüber dem faschistischen Deutschland verfen, das kann man am besten schon an den Aussagen der Kommunistischen Partei, die auch auf diesem Gebiet ihre sozialdemokratische Schwester in den Schatten stellt. Hier ein paar Proben: "...schwören wir Alles zu tun für die Einheit der französischen Nation, um zu verwirklichen das freie, starke und glückliche Frankreich, das die Kommunisten wollen und machen werden." (Aus dem Eid, durch die kommunistischen Abgeordneten abgelegt, am 14. Juni auf der Buffalo-Tribüne von Vaillant-Couturier vorgelesen. - Humanité, 15. Juni)

"Ein Gruss an die Offiziere, Unteroffiziere, Soldaten und Matrosen der Armee der Republik. Wir sind von ganzem Herzen mit ihnen für die Verteidigung des Brotes und die Beschützung der demokratischen Freiheiten.

Wirkliche Massnahmen für das öffentliche Wohl sind nötig gegen die Bedrohung durch die Hitlerloute im In- und Auslande. Hinweg mit den faschistischen Offizieren aus der Armee. Platz für republikanische Offiziere!" (Humanité, 15. Juni, - aus einer Rede von Michaud).

Die Rolle der Gewerkschaften und parlamentarischen Arbeiterparteien ist nicht nur, sich gegen die selbständigen revolutionären Aktionen der Arbeiter zu kehren. Sie sind gewachsen als, und waren sicher noch bis zum Kriege 1914-18 das Instrument des Arbeiterkampfes innerhalb der kapitalistischen Ordnung. Dieser Kampf nahm mehr und mehr die Form einer gesetzlich sanktionierten Interessenvertretung an. Diese Seite ihrer Funktion ist geliebt; und auf diesem Gebiete spielen die alten Arbeiterorganisationen in Frankreich im Augenblick noch eine grosse Rolle.

Das wird uns deutlich, wenn wir nicht nur die revolutionären Kampfhandlungen der Arbeiter im Auge behalten, nicht nur die Massenstreiks und Fabriksbesetzungen, ihr selbständiges Auftreten, die neue revolutionäre Form der Organisation, die sie dabei schaffen und womit sie die alten Organisationen und deren Auffassungen überwinden. Nein, auch die andere Seite, nämlich dass diese Kämpfe enden mit ein Paar Pfennig Lohnmehrung, diesen oder jenen Erleichterungen in dem Druck der politischen und ökonomischen Ordnung, wenn es gut geht, oder aber mit Nieder-



lagen.

Ein Kampf endet, solange die besitzende Klasse nicht endgültig überwunden ist, mit einem Ergebnis, mit diesem oder jenem Uobereinkommen. Wenn die Kräfte nicht ausreichen um den Kampf weiterzutreiben, dann ist dies das unvermeidliche Ende. Es fällt dann auch keinem verständigen Arbeiter ein, sich gegen die Befestigung solcher Ergebnisse eines Kampfes zu wenden. Und für eine solche Sicherung von einmal erreichten Rechtszuständen, oder versprochenen Lohn- und Arbeitsverhältnissen, dienen eben bis heute noch die legalen, parlamentarischen Arbeiterparteien und Gewerkschaften. Gerade in Frankreich, wo die letzte grosse Streikwelle solche Erfolge brachte, treten die alten Organisationen heute erst recht in diese Funktion ein. Nicht nur die Unternehmer und Kapitalisten haben die Arbeiterorganisationen nötig um sich gegen den revolutionären Ansturm zu behaupten - auch die Arbeitermassen sind darauf angewiesen, wenn sie das Erreichte festhalten wollen. Darum strömen Millionen in die Organisationen um sie zu verstärken.

Das ist eben der Widerspruch in der dialektischen Entwicklung, dass die, der revolutionären Massenaktion feindlichen Volksfront und Gewerkschaften, den Arbeitermassen sichern und verschaffen müssen, was die Massen in derselben revolutionären Aktion, gegen Volksfront und Gewerkschaften erobern haben. Daraus folgt auch, dass die Massen in der Praxis Beides tun: Wenn die Umstände sie dazu zwingen und zugleich die Möglichkeit sich bietet, dann treten sie revolutionär handelnd auf, wobei sich im Laufe der Entwicklung mehr und mehr zeigt, dass ihnen dabei die alten Organisationen und Auffassungen im Wege stehen. Dann gehen sie ihren eigenen Weg und treten auch in diesem Sinne umwälzend auf. Aber gibt es keine andere Möglichkeit, dann finden sie sich auch mit einer von Gewerkschaften und Volksfront gehüteten "Ordnung" ab, und sind sie selbst gewillt, diese Ordnung gegen die faschistische Ordnung zu verteidigen. Und selbst wenn diese Letztere unvermeidlich wird, werden sie sich damit abfinden müssen, denn das oberste Gebot für das Handeln der breiten Massen ist, für sich selbst und die nächsten Angehörigen das Leben zu erhalten.

Wenn sowohl breite Arbeitermassen wie grosse Teile der besitzenden Klassen einer Ordnung zustimmen, sowie sie Gewerkschaften und Volksfront garantieren, dann erscheint diese Ordnung gefestigt und stabil. Wenn man den Abstimmungsergebnissen im Parlament glauben will, oder danach sieht, wie einerseits Millionen Arbeiter in die Gewerkschaften eintreten andererseits so gut wie alle Unternehmer die Gewerkschaften als Interessenvertretung der Arbeiter anerkennen, dann wird diese Annahme nur befestigt.

Und doch liegt dieser scheinbar so festgefügte Ordnung ein unüberbrückbarer Gegensatz zu Grunde. Die breiten Arbeitermassen setzen sich für die Volksfrontregierung und Gewerkschaften ein, weil sie von ihnen die Sicherung politischer Rechte und ökonomischer Vorteile, wie 40-Stunden-Woche, Urlaub, auskömmlicher Lohn u.s.w. erwarten. Demgegenüber muss die besitzende Klasse schliesslich das genaue Gegenteil von den Ordnungshütern verlangen. Die Unternehmer geben zwar im Augenblick ihre Zustimmung zu den Forderungen der streikenden Arbeiter um damit den Gewerkschaften und der "Volksfrontregierung" die Möglichkeit zu geben, die revolutionäre Massenaktion aufzufangen. Das ändert aber nichts an der Tatsache, dass sie vor Allem die Rentabilität der Kapitale sicherstellen müssen. Und das ist eben nur möglich, wenn die "Errungenschaften"

der Arbeiter so ungebogen werden, dass sie keine Erfolge sind. Um das zu erreichen, stehen der besitzenden Klasse viele Wege offen, und die Ordnungshüter können schliesslich nicht anders tun als ihr dabei helfen.

Aber dadurch stossen sie wieder die Arbeitermassen von sich ab, die sich betrogen fühlen und zu neuen Aktionen drängen. Dann wiederholt sich in Frankreich (wahrscheinlich in kürzerer Zeit) was uns Sozialdemokratie und Gewerkschaften nach 1918 in Deutschland zu sehen gab, d.h. die Arbeiterorganisationen treten in immer stärkerem Masse für die Kapitalisteninteressen ein und die Arbeitermassen kämpfen um ihre Aktionsfähigkeit, indem sie sich dem Einfluss der alten Arbeiterorganisationen entwinden. Nur ein Unstand ist anders als wie in Deutschland. Die K.P.D. mit ihrer noch blutjungen revolutionären Tradition trieb die nach selbstständiger Aktion drängenden Arbeiter immer wieder in die Arme der Gewerkschaften zurück. So kam die Arbeiterklasse nicht zur allgemeinen revolutionären Aktion und konnte die neue faschistische Ordnung ohne Widerstand der Arbeiterschaft eingesetzt werden. Das konnte die K.P.D. tun, weil sie die Sozialdemokratie und scheinbar auch die Gewerkschaftspolitik bekämpfte. In Frankreich steht die K.P.F. von vornherein an der Seite der Volksfrontregierung und tritt offen für die gewerkschaftlich-demokratische Ordnung ein. Es ist kaum anzunehmen, dass sie dieselbe scheinrevolutionäre Rolle wie die K.P.D. in Deutschland spielen kann. Aber ist nicht schon die trotzkistische Opposition der III. Internationale, die IV. Internationale an der Arbeit um diese zweifelhafte Rolle zu übernehmen?

Der Klassenkampf ist in Frankreich mit der grossen Streikwelle offen zu Tage getreten. Die Volksfrontregierung im Verein mit den Gewerkschaften hat zur Aufgabe, den Ansturm der Arbeiterklasse aufzufangen und unzubiegen zur Zusammenarbeit aller Klassen. Sie will so die "Einheit", die "Schicksalsgemeinschaft" des Volkes verwirklichen; sie will die Interessen der "Nation" gegenüber den besonderen Klasseninteressen verteidern und schliesslich zum Durchbruch verhelfen.

Solche schönen Worte und "ideales" Streben ist uns bekannt genug, es unterscheidet sich nur in Nuancen von der national-sozialistischen Phraseologie in Deutschland und erstrebt wesentlich dasselbe wie die nationale Bourgeoisie in allen modern-kapitalistischen Ländern. Darum wird die "Volksfront"regierung in Frankreich heute schon mehrfach als in Wirklichkeit faschistische Regierung von Frankreich angesprochen. Das geschieht nicht ohne Grund, und nicht nur wegen der nationalistischen Phrase, womit die "Volksfront" operiert. Und doch besteht ein wesentlicher Unterschied mit dem National-Sozialismus in Deutschland. Die Methoden bei der Verwirklichung der "Einheit", der "Schicksalsgemeinschaft des Volkes" sind verschieden; - sie "organisieren" die "Nation" anders: die "Volksfront" in Frankreich macht Gebrauch von den vorhandenen alten Arbeiterorganisationen, während in Deutschland neue, direkt unter der Kommando des militarisierten Staates stehende Organisationen nötig waren. Es ist wahr, dass der National-Sozialismus in Deutschland und die "Volksfront" in Frankreich, beide dieselbe Aufgabe erfüllen. Sie schaffen beide die nationale Organisation auf der Grundlage kapitalistischer Produktionsverhältnisse. Aber es geschieht nicht in derselben Weise. Das muss, wenn die "Volksfront"regierung in Frankreich als in Wahrheit "faschistische Regierung" angesprochen wird, in Auge behalten werden.

Obendrein ist es bis jetzt noch ein Versuch. Der Widerstand der



direkte nationalistischen, bürgerlichen Organisationen, die nach dem deutschen und italienischen Muster militärischen Charakter tragen, ist noch nicht überwunden. Sie sind im Augenblick noch ein Machtmittel der besitzenden Klasse, um die Volksfrontregierung den besonderen Wünschen der Bourgeoisie gefügig zu machen. Je mehr diese damit Erfolg haben, um so mehr kommt die Regierung in Gegensatz zur Arbeitermasse. Verliert dann die Volksfront ihren Einfluss auf die Arbeitermassen, dann zeigt sich eben, dass mit den Organisationen der alten Arbeiterbewegung die nationale Organisation nicht zu verwechseln ist. Wahrscheinlich bekommt sie dann in stärkerer Masse militärischen Charakter, und es ist noch fraglich, ob dazu die alten Arbeiterorganisationen gebraucht werden können. Dann wiederholt sich, was in Deutschland geschah: Die alte Arbeiterbewegung wird von den Arbeitermassen in Stich gelassen und von der militarisierten Bourgeoisie wie ein Kartenhaus umgestossen.

Wenn wir so die Entwicklung des Klassenkampfes in Frankreich verfolgen, dann lassen wir uns leiten von den Erfahrungen, die uns die deutsche Geschichte nach 1918 geliefert hat. Wir sahen dabei die alte Arbeiterbewegung als einen Faktor im Klassenkampf, der von Anfang an auf die Seite der Bourgeoisie trat, bei der leitenden Bürokratie geschah das sogar in starkem Masse bewusst. Aber das war auch aus der Situation nach Kriegsende zu erklären. Die Bürokratie in Gewerkschaften und sozialdemokratischer Partei hatte während des Krieges eine, der Kriegsführung völlig untergeordnete Funktion. Darum war sie auch zu einer eigenen Politik völlig unfähig.

Kann man das auch von der "Volksfront" in Frankreich sagen? Tritt hier nicht eine Schicht von Intellektuellen, unterstützt von nach Verbesserung strebenden Arbeiterschichten, mit einem bewussten Programm, zur Neuordnung der Gesellschaft auf kapitalistischer Grundlage auf den Plan? Mit anderen Worten: Ist die Volksfront in Frankreich nur eine Einrichtung, wodurch die Aktionen der Arbeiterklasse aufgefangen werden, und schliesslich, weil auch die Bourgeoisie darauf hinhin, zertrümmert wird -, oder geht von ihr selbst auch noch Kraft aus? - Im Augenblick ist darüber noch keine Antwort zu geben, wenn auch manche Anzeichen dafür sprechen. Ausgeschlossen ist diese Möglichkeit jedenfalls nicht. Wir denken dabei an Massnahmen der Volksfrontregierung, die eine Wiederbelebung der durch die Krise gelähmten Wirtschaft zur Aufgabe haben. Dazu gehört unter anderem, dass 20 Milliarden Francs für Regierungsaufträge zur Verfügung gestellt werden sollen; die Ausgabe von Staatsanleihen um die Mittel dafür flüssig zu machen und die erstrebte grössere Verfügungsgewalt über die französische Staatsbank. Das deutet darauf hin, dass in Frankreich ähnliche Massnahmen erfolgen wie in den Vereinigten Staaten von Nordamerika. Das sind Massnahmen, wie sie schliesslich mehr oder weniger in allen kapitalistischen Ländern schon erfolgen, und die im Wesentlichen darin bestehen, das Risiko der Kapitalanlage durch den Staat zu übernehmen. Die privaten Unternehmungen sind nicht mehr instande den Kapitalbesitzern den Kapitalzins und damit auch den Wert ihres Kapitals zu sichern. Wenn da keine helfende Hand eingreift, wird die allgemeine Kapitalentwertung mehr und mehr zur Wirklichkeit. Nur ein kleinerer Teil des Gesamtkapitals kann diese Entwicklung ruhig abwarten, das ist das Monopol- und Trustkapital, dessen Betriebe auch jetzt noch gewinnbringend arbeiten. Doch scheinen auch die hieran interessierten Kapitalistenkreise

so sich den eben genannten Massnahmen der Regierung nicht zu widersetzen. Wie sollten sie auch, denn die Monopolstellung ihrer Betriebe sichert ihnen den grössten Teil der Beute, die aus den 20 Milliarden Francs heraus zu holen ist.

Inzwischen ist es doch die Volksfrontregierung, die durch solche Massnahmen eine grössere Kontrolle über grosse Teile des Wirtschaftslebens erhält. Das liegt durchaus nicht an dem Mut der Volksfrontpolitiker und auch nicht an ihrem Programm, sondern daran, dass solche Massnahmen eben jetzt zur Erhaltung des Kapitalwertes notwendig sind.

Dies Alles zusammen mit ihrer Beherrschung der Lohnarbeiterschaft durch die Gewerkschaften und der angestrebten Verstaatlichung von Teilen der Grossindustrie, verschafft der Regierung eine Position, die sie weit über die einer politischen Zentralinstanz erhebt. Sie wird Kern und Kontrollapparat der kapitalistisch geregelten Wirtschaft.

Geht die Volksfrontregierung in Frankreich diesen Weg, dann ist sie es, die der kommenden kapitalistischen Entwicklung in Frankreich ihren Stempel aufdrückt. Dann setzt sie eine kapitalistische Organisation staatlichen Charakters durch, die der bisherigen Ordnung überlegen ist. Die deutsche Sozialdemokratie verrichtete nach 1918 nur Lakaiendienste für die besitzende Klasse, sie wurde schliesslich mit einem Fusstritt hinausbefördert. Die französische Volksfrontregierung macht sich in einer anderen Situation bereit, die Geschäfte der besitzenden Klasse zu führen.

Die Volksfrontregierung ist ihre Aufgabe begonnen, indem sie die selbständigen Aktionen der Arbeiter desorganisierte, unschädlich machte und schliesslich durch ein Kompromiss beendete. Aber wenn ihr dies auch gelang, und sie in der Zukunft ihre Machtposition befestigen kann; ja, selbst wenn sie innenpolitisch die wirtschaftliche Reorganisation und Strukturveränderung des Kapitals zu Wege bringt und aussenpolitisch keine Niederlage erleidet, selbst dann ist sie nicht Herr ihrer Lage und dem Zwang der Entwicklung unterworfen. Ihre Politik wird, je länger sie die Staatsmacht in Händen hat, anderen Charakter annehmen. Sie ist begonnen mit dem Versuch, die Interessen der Arbeiterklasse mit den Kapitalisteninteressen zu verbinden, und sie wird enden mit der absoluten und offenen Wahrnehmung der Kapitalisteninteressen dem Proletariat gegenüber. Und das treibt die breiten Arbeitermassen schliesslich wieder zur selbständigen Aktion, die sich dann nicht nur gegen die Unternehmer und die besitzende Klasse richten kann, sondern in erster Linie gegen die Volks- und Gewerkschaftsfront. Die Verbodigung der selbständigen Aktion der Arbeiterklasse ist dann, dass sie sich bewusst gegen Volksfront und Gewerkschaft richtet.

So beginnt denn jetzt der Kampf um die Aktionsfähigkeit der Arbeiterklasse, der sich gegen die Volksfrontpolitik und Gewerkschaftsdisziplin richtet, und zugleich die Formen des revolutionären Massenkampfes, sie zu organisieren und wie er geführt werden muss, den Massen deutlich vor Augen führt. Das geschieht praktisch in immer erneuten Vorstössen, die nicht zur allgemeinen Aktion werden können, solange die Arbeiterorganisationen noch genügenden Einfluss haben. Und das geschieht andererseits durch eine konsequente, prinzipielle Propaganda für die selbständige Massenaktion, deren organisatorische Form uns die Arbeiterräte in Deutschland und die Aktionsausschüsse in Frankreich gezeigt, enthüllt



haben. Eine der wichtigsten Aufgaben dieser Propaganda ist der entschiedene Kampf gegen das letzte Bellwerk der alten Arbeiterorganisationen, und zwar gegen den Leninismus. Es ist die Lehre, die den revolutionären Parlamentarismus und die Revolutionierung der Gewerkschaften propagiert, aber zugleich auch für die revolutionären Aktionsausschüsse und Sowjets eintritt. Es ist eine Politik, die Beides zugleich will; die Funktion der Gewerkschaften und parlamentarischen Arbeiterparteien im Kapitalismus und das genaue Gegenteil, die revolutionäre Massenaktion durch Aktionsausschüsse. Aber was die Arbeitermassen können - , heute der Politik der alten Arbeiterorganisationen folgen und morgen, wenn sie sich davon abwenden, selbst in Aktion treten, das darf eine politische Richtung nicht. Sie darf nicht von dem einen Gegensatz in den anderen verfallen, wenn sie richtunggebend sein will, da sie dann nur Verwirrung schafft. Die III. Internationale mit den ihr angeschlossenen Parteien hat unter dem Einfluss der russischen Außenpolitik mit dieser schonradikalen Propaganda gebrochen. So ist auch die K.P.F. offiziell in den Block der Volksfrontparteien aufgenommen und kann als solche nicht die selbständige Aktion der Arbeitermassen propagieren und unterstützen. An ihre Stelle sind die Trotzkiistischen und sonstigen Oppositionsgruppen der III. Internationale getreten, die sich heute zur IV. Internationale zusammengeschlossen haben. Sie treten ein für die "Eroberung" und "Revolutionierung" der Gewerkschaften. Sie erwecken die Illusion bei den Arbeitermassen, dass die Gewerkschaftsführung von den Massen gezwungen werden kann für die Forderungen der Arbeiter einzutreten. Sie wollen den Gewerkschaftsapparat zu einem Instrument der revolutionären Massenaktion machen.

Auch in den politischen Institutionen der bürgerlichen Ordnung sehen sie ein Kampffeld für die Arbeiterklasse. Zwar wird die Politik der Volksfrontparteien im Parlament als Arbeiterverrat verurteilt, aber das soll anders werden, wenn nur die echte revolutionäre Partei, von den Vertretern der Massen getragen, eine genügend starke Position im Parlament einnimmt. So bedauert Trotzki in einem Artikel über die französische Streikbewegung ("Nieuve Fakkol, 19. Juni 1936), dass bei den Volksfrontwahlen in Frankreich keine Gruppe der IV. Internationale an den Wahlen teilgenommen hat. Zugleich aber schreibt er (ebenda):

"Der letzte Kongress der Komm. Intern. hat in seiner elektrischen Küche die Koalition mit den Radikalen und die Schaffung von Aktionsausschüssen, d.h. die Sowjets im Beginnstadium, neben einander gesetzt. Dimitrow, und auch seine Ratgeber, denken, dassman die Zusammenarbeit der Klassen mit dem Klassenkampf, den Block mit der Bourgeoisie mit dem Kampf um die Macht durch das Proletariat, die Freundschaft mit Daladier und die Aufrichtung der Sowjets miteinander kombinieren kann. Die französischen Stalinisten haben den Aktionsausschüssen den Namen Volksfront-Comité's gegeben, und bilden sich ein, dass sie auf diese Weise den revolutionären Kampf mit der Verteidigung der bürgerlichen Demokratie vereinigt haben. Die heutigen Streiks vernichten diese erbärmliche Illusion radikal. Die Radikalen fürchten die Comité's. Die Sozialisten fürchten das Entsetzen der Radikalen. Die Kommunisten fürchten die Angst von Beiden. Die Parole der Aktionsausschüsse kann nur erhoben werden von einer wahrhaft revolutionären Organisation, die sich völlig der Sache und dem Kampf der Massen weihet. Die französischen Arbeiter haben sich erneut ihrer historischen Reputation würdig gezeigt. Man muss ihnen Vertrauen geben. Die Sowjets sind immer aus Streiks geboren. Der Massen-

streik ist das natürliche Element der proletarischen Revolution. Die Aktions-Comité's können jetzt Nichts anderes sein als die Comité's von Streikenden, die die Betriebe besetzen. Von Werkstatt zu Werkstatt, von Fabrik zu Fabrik, von Wohnbezirk zu Wohnbezirk, von Stadt zu Stadt müssen die Aktionsausschüsse unter einander eine enge Verbindung zu Stande bringen, sich vereinigen in Konferenzen in Städten, Produktionsgruppen, in Provinzen, um mit einem Kongress aller Aktionscomité's von ganz Frankreich zu enden. Das wird die neue Ordnung sein, die an die Stelle der heutigen Anarchie treten muss."

Trotzki liefert hier ein treffendes Beispiel leninistischer Politik. Er verhöhnt die Stalinisten, dass diese die Zusammenarbeit der Klassen mit dem Klassenkampf verbinden wollen, aber es ist genügend bekannt, dass er eine solche Zusammenarbeit durchaus nicht ablehnt, wenn sie nur von der "wahrhaft revolutionären" Partei geleitet wird. Was er verurteilt, das ist die Volksfrontpolitik der Sozialisten und Stalinisten, nicht die Parlaments- und Gewerkschaftspolitik selbst. Er will die Führung der Arbeitermassen durch eine "wahrhaft revolutionäre" Partei zu allen Zeiten, in jeder Situation, ob sie sich nun auf dem Boden der bürgerlichen Ordnung bewegen, oder aber durch ihre selbständige Aktion dagegen in Aufstand kommen.

So widerspruchsvoll diese Politik der IV. Internationale auch erscheint, und so sehr diese Politik von der K.P.D. in Deutschland betrieben, auch Schiffbruch erlitten hat, sie wird begreiflich, wenn man sie von ihrem Ausgangspunkt aus besieht. Der Leninismus hält eine selbständige Aktion der Arbeitermassen nicht für möglich. Er ist davon überzeugt, dass nur eine Partei, die leninistische Partei, in der Lage ist die Arbeiterklasse zu führen. Er erstrebt nicht die Herrschaft der Arbeiterklasse, sondern die Herrschaft der leninistischen Partei. Und um das Ziel zu erreichen, will er sich der Gewerkschaften sowohl wie der Aktionsausschüsse und Sowjets bedienen, dafür will er die Massenaktionen sowohl wie den Kuhhandel auf parlamentarischem Gebiet gebrauchen. Ist aber die Staatsgewalt in den Händen der leninistischen Partei, dann muss sie die selbständigen Massenaktionen ebensogut unterdrücken, wie es die Volksfrontregierung in Frankreich oder die Stalinregierung in Russland tut. Sie muss das tun, weil die selbständigen Massenaktionen auf die Beherrschung der Produktion durch die Arbeiterkräfte selbst gerichtet sind und damit die Herrschaft einer politischen Partei unmöglich machen.

Der Kampf der Arbeiterklasse, der sich heute auf die Durchsetzung der selbständigen Massenaktion konzentriert, wird hierbei den Leninismus als letzten Gegner haben. Er wird überwunden werden im selben Masse, in dem die Arbeiterklasse zum Bewusstsein ihrer eigenen Kraft gelangt. Je mehr das Proletariat Weg und Ziel erkennt, um so weniger hat es eine Lehre zu fürchten, die die Arbeiterklasse für unmündig erklärt.

In diesem Sinne haben die französischen Massenstreiks den Befreiungskampf des Proletariats mit neuem Impuls belebt. Sie gaben vielen Wankelmütigen und Verzagten Kraft und sie gaben die Richtung an, in der fortgekämpft werden muss. Und das wird, wenn die gesetzlich und gewerkschaftlich festgelegten Erfolge schon längst vorfliegen sind, letzten Endes ihr bleibender Gewinn sein.



Bezugspreise der Rätekorrespondenz

Holland .....	10 ct.
Belgien .....	2 fr.B.
Frankreich .....	1 fr.
Dänemark .....	30 ø
Tschechei .....	1,75 Kč
USA .....	10 ø
Schweiz .....	20 cme.
England .....	4 d.
Schweden .....	30 ø

Erschienen :

- No : 1 Die Zusammenbruchstheorie des Kapitalismus.  
Die Wirtschaftslage im Nationalsozialismus.
- No: 2 Der historische Materialismus.  
Hitlerdeutschland im Zeichen des Zusammenbruchs.  
Thesen über den Kampf um die Arbeiterräte.
- No; 3 Thesen über den Bolschewismus.
- No; 4 Zur marxischen Akkumulations- und Zusammenbruchstheorie.  
Die Intelligenz im Klassenkampf.  
Der Kampf gegen die Herabsetzung der Erwerbslosenunterstützung in Amsterdam.
- No: 5 Arbeiterräte und kommunistische Wirtschaftsgestaltung.  
Vom Okzident zum Orient.
- No: 6 Zur Neuordnung der deutschen Arbeitsverfassung.
- No: 7 Grundlagen des gelben Imperialismus.  
Bemerkungen über die Arbeiterbewegung in Deutschland.  
Die Räte in der deutschen Revolution.
- No: 8/9 Das Werden einer neuen Arbeiterbewegung.  
Thesen über Staat und Partei.
- No: 10/11 Die gesellschaftlich -durchschnittliche Arbeitszeit als  
Grundlage der kommunistischen Produktion und Verteilung.  
Das Werden einer neuen Arbeiterbewegung (kritische Bemerkungen)
- No: 12 Die Gegensätze zwischen Luxemburg und Lenin.
- No: 13 Die Entwicklung der russischen Aussenpolitik von 1917-1935.  
Bericht aus Dänemark.
- No: 14 Der Bergarbeiterstreik in Belgien Mai 1935.  
Klassenkampf im Kriege.
- No: 15 Partei und Arbeiterklasse  
Probleme der neuen Arbeiterbewegung.  
Kommunismus und Religion.
- No: 16/17 Riesenaussperrung in Dänemark  
Differenzen in der Rätebewegung über die Entwicklungstendenzen im Kapitalismus.
- No: 18/19 Massentstreik in Frankreich.  
Klassenkampf in Spanien.

Man lese: Council Correspondence Ausgabe der Groups of Council Communists of America. 10¢ a copy. \$ 1.- yearly.

KLASSENKAMPF IN SPANIEN

Der Kampf der ... dem 17. Juli in Spanien wütet ist kein Kampf zwischen Faschismus und Demokratie, kein Kampf zwischen Volkerverregierung und aufständigen Militär. Es ist ein Kampf zwischen der Spanischen Revolution und Kontarevolution, auf der einen Seite die Industrie und Landarbeiter, unterstützt von den verährtesten Bauern und auf der anderen Seite alle reaktionären Mächte des Adels, der Geistlichkeit und der Bourgeoisie. Wenn auch die scharfe Grenze zwischen diesen beiden Fronten durch die unentschiedene Haltung der Mittelklassen verwischt wird, wenn weiter, in dem eine Volkfrontregierung am Kampfe teilnimmt und ausländische Mächte sich hineinmengen, so darf doch der tiefgehende Klassenkampf als das Wesentliche. Man kann den Kampf, der im Augenblick in Spanien ausgefochten wird, nicht begreifen, wenn man nicht mit der sozialen und ökonomischen Struktur Spaniens bekannt ist, -wenn man nicht weiss wie die vornehmlichsten Interessen der miteinander kämpfenden Klassen gelagert sind.

Der Kampf, der im Augenblick in Spanien ausgefochten wird hat viel Ähnlichkeit mit dem Zeitabschnitt der russischen Revolution von Juli bis Oktober 1917, wo die Arbeiter, Kleinbauern und Bauern gegen die Weisgardisten à la Kornilow kämpften. Auch die sozialen Verhältnisse des zaristischen Russland waren in mancher Beziehung nicht viel anders als in dem heutigen Spanien. Doch darf man sich durch diese Übereinstimmung nicht zu der Meinung verleiten lassen, dass die Entwicklung in Spanien nun eine Wiederholung der russischen Revolution sein werde. Wer diese Meinung hat, verliert uns dem Auge, dass bei aller Übereinstimmung doch die gegenseitigen Kraftverhältnisse anders sind.

Vor allem ist die Bauernbevölkerung in Spanien nicht so alles überherrschend wie es in Russland der Fall war.

In einer von F.S.V. (Nederl. Synd. "akverbond") herausgegebenen Broschüre (Verfasser Müller-Lehning): "Die spanische Revolution", finden wir die diesbezüglichen Zahlen:

Arbeiter in der Landwirtschaft .....	4.500.000
" " " " Industrie .....	1.800.000

Diese Zahlen zeigen den "arbeitenden Teil der Bevölkerung" an. Es geht daraus nicht hervor, ob damit ausschliesslich Lohnarbeiter oder auch selbständige Bauern und dergl. angedeutet werden. Wie es auch sein möge, in jedem Falle zeigt diese Statistik ein anderes Verhältnis als das vorrevolutionäre Russland, wo man bei einer mindestens 3 mal grösseren Bevölkerung nur einige Millionen Industriearbeiter feststellen konnte.

Obendrein müssen zu den 1,8 Millionen, entsprechend der in der "Spanischen Revolution" angegebenen Zahlen, noch mehrere hunderttausende Transport-, und Staats- und Gemeindefunktionäre hinzugezählt werden, so dass insgesamt nahezu 2 Millionen Industriearbeiter vorhanden sind.

Dadurch üben die Arbeiter in Spanien in viel grösserer Masse wie in Russland, einen bestimmenden Einfluss auf die Entwicklung aus. Auch die kleineren Entfernungen zwischen den verschiedenen Orten und die grössere Dichtigkeit der Bevölkerung macht sich geltend. Sie machen, dass die Beschaffung von Nahrungsmitteln, wodurch in Russland die ganze Entwicklung bestimmt und unter anderem auch die K.E.P. erzwungen wurde, in Spanien leichter von statten geht.



Trotzdem spielt in ökonomischer Beziehung die Landwirtschaft in Spanien eine grössere Rolle wie die Industrie. Das zeigt sich am deutlichsten an einer Statistik der Ein- und Ausfuhr, die für 1930 (in Millionen Pesata) folgende Zahlen angibt:

Rohstoffe		Fertigwaren		Lebensmittel	
Einfuhr	853	Einfuhr	1308	Ausfuhr	1326
Ausfuhr	377	Ausfuhr	526	Einfuhr	380
Einfuhrüberschuss	475	Einfuhrübers.	682	Ausfuhrübersch.	1006

Obwohl die Produktion von Rohstoffen in Spanien einen grossen Umfang hat, (Quecksilber  $\frac{1}{3}$  der Weltproduktion, Blei  $\frac{1}{4}$  der Weltprod. Kupfererze 4,100 000 ton, Eisenerze 3,100 000 ton, Steinkohlen 6900000 ton, weiter ansehnliche Mengen Zinn, Zink, Silber, Wolfram, Manganerz, - Angaben für die Jahre 1925-29, entnommen aus "Span. Revolution"), so ist die Einfuhr der Rohstoffe doch noch grösser als die Ausfuhr. Sieht man ab von der Einfuhr von Roheisen und Rohstahl (316500 ton), die wesentlich nur eine Wiedereinfuhr von im Ausland bearbeiteten Erzen ist, dann ist es vor allem Rohbaumwolle und Rohseide für die Textilindustrie in Catalonien (300 000 Arbeiter), die eingeführt werden müssen. Weiter werden noch eingeführt, Maschinen, Holz, chemische Produkte, Fahrzeuge, Eisenwaren, Kohlen, u.s.w.

Dieser Einfuhr von Industrieprodukten steht eine grosse Ausfuhr von Nahrungsmitteln (landwirtschaftliche Erzeugnisse) gegenüber; vor allem Südfrüchte, Wein, Olivenöl, Gemüse und Pflanzen, wahren Getreide eingeführt werden muss.

Die Statistik zeigt, dass die spanische Landwirtschaft und Industrie in enger Beziehung zu einander stehen. Die auf den Weltmarkt gebrachten Produkte der Landwirtschaft müssen das Defizit in der Handelsbilanz ausgleichen, das durch die zu grosse Einfuhr von Rohstoffen und Industrieprodukten regelmässig hervorgerufen wird. Ein solches Verhältnis zeigt aber auch, dass beide dieselbe Kapitalorganisation haben, dass sowohl Industrie wie Landwirtschaft kapitalistisch verwaltet werden. Darum ist es auch nicht richtig die spanischen Grossgrundbesitzer als "feudalen Adel" anzusprechen, und von einem Gegensatz zwischen "adeligem Grossgrundbesitz" und "industrieller Bourgeoisie", so wie wir ihn aus der Geschichte der bürgerlichen Revolution kennen, kann keine Rede sein. Ein feudaler Adel, mit der dazugehörigen Exploitation seines Grundbesitzes besteht nicht mehr; es besteht nur noch kapitalistische Exploitation, und diese ist in Händen von Kapitalbesitzern. Wohl ist es so, dass in Ländern wie Japan, dem vorrevolutionären Russland und auch in Spanien, wo die kapitalistische Produktion erst spät begann, dafür von Beginn an grosse Kapitalsummen nötig sind. Und diese konnten nur aufgebracht werden durch das ausländische Kapital, oder durch den einheimischen Grossgrundbesitz. So bilden die Grossgrundbesitzer in Spanien auch zugleich den Stamm der industriellen Bourgeoisie.

Übrigens ist der Anteil des ausländischen Kapitals in der spanischen Industrie ziemlich gross. Eisenbahnen, Bergwerke, chemische und Elektrizitätsindustrie befinden sich in dessen Händen. Vor dem Weltkriege schätzte man den Wert dieser Unternehmungen auf 4 Milliarden Pesata (Span. Rev.)

## II

Die hier wiedergegebene wirtschaftliche Entwicklung in Spanien beweist, dass dort der Übergang vom Feudalismus zu kapitalistischer Ausbeutung schon lange stattgefunden hat. Zugleich erfolgte damit eine Veränderung der sozialen Verhältnisse, nicht nur in den Städten, sondern auch auf dem Lande. Die feudale Landwirtschaft hat einen anderen Charakter als die kapitalistische Produktion. In der kapitalistischen Produktionsweise besteht keine Leibeigenschaft mehr, die früheren Leibeigenen sind "freie" Lohnarbeiter geworden. Das heisst aber zugleich, dass sie allen Veränderungen der kapitalistischen Konjunktur ausgesetzt sind; in der heutigen allgemeinen Krise sind sie damit beständiger Arbeitslosigkeit und chronischem Hunger ausgeliefert. Der frühere feudale Herr hat jedoch noch immer ein Interesse daran, dass seine Leibeigenen nicht verhungerten, - sie gehörten zu seinem Eigentum, das er auf diese Weise verlieren konnte. Der kapitalistische Grossgrundbesitzer, wenn er auch direkt von dem früheren adeligen Herrn abstammt, und wenn seine Arbeiter auch die Kinder der früheren Leibeigenen sind, ist daran nicht interessiert, - ihm ist das Schicksal dieser Menschen völlig gleichgültig. Wenn sie verhungern wird er nicht geschädigt; der Arbeitsmarkt ist überfüllt und er kauft, wenn er sie nötig hat, einfach neue Arbeitskraft. So hat in Spanien der Übergang von der feudalen zur kapitalistischen landwirtschaftlichen Produktion für die Landbevölkerung keine Verbesserung gebracht. Im Gegenteil, sie sind in einen Zustand des tiefsten Elends hineingeraten, ebenso wie das im zaristischen Russland der Fall war. Gerade hierdurch wurde die agrarische Revolution in Spanien zu einer unabwendbaren Notwendigkeit.

Wie schlecht die Zustände auf dem Lande schon im Jahre 1932 waren, davon gibt uns der N.R.C. (Nieuwe Rotterdammer Courant) einen Begriff, der damals schon schrieb: "Hunderttausende Landarbeiter sind arbeitslos, das Elend ist so schrecklich, - die Kinder sterben am Elend, dass die Hungerrevolten nicht ausbleiben werden". Die Hungerrevolten sind tatsächlich nicht ausgeblieben, aber sie haben nicht den Charakter von Verzweiflungstaten, sondern den eines revolutionären Kampfes (Span. Rev.)

Das grosse, alles überragende Problem ist denn auch die Reorganisation der Landwirtschaft. Die spanischen Bauern, und vor allem die ländlichen Proletarier, kämpfen nicht um eine Verbesserung ihrer Lebensweise, sondern um ihr Leben vor einem sicheren Untergang zu retten. Für sie ist nur ein Ausweg möglich: Der Grossgrundbesitz muss enteignet werden, das Land muss von den Bauern und Landarbeitern selbst bebaut werden können, ohne von der Willkür eines Herrn abhängig zu sein, der die Arbeit stilllegen, sie entlassen und dem Hunger preisgeben kann.

Die Verteilung des Grossgrundbesitzes ist aber keine Frage die nur die Landbevölkerung allein angeht. Wir haben schon gesehen, dass die Herren des Grossgrundbesitzes zugleich auch den wesentlichen Bestandteil der industriellen Bourgeoisie ausmachen. Der Feind, dem das Proletariat auf dem Lande gegenübersteht, ist auch der Feind des industriellen Proletariats in den Städten. Damit wird der Kampf gegen den Grossgrundbesitz zu einer Sache, die die ganze spanische Arbeiterklasse angeht.

Man könnte angesichts dieses Umstandes, gegenüber der weiteren revolutionären Entwicklung in Spanien hoffnungsvoll gestimmt sein, wenn nicht die Dinge in Spanien so ganz und gar vom Auslande abhängig wären. Die grossen kapitalistischen Mächte des Westens werden sicher nicht dulden, dass das spanische Proletariat die Macht in Händen nimmt; die Intervention wird in Spanien ebenso wenig ausbleiben wie in Russland.



Aber die Aussichten für das spanische Proletariat um sich gegenüber dieser Intervention zu behaupten, sind viel geringer als in der russischen Revolution. Das Land ist nicht so gross; die Armeen versinken nicht, wie in Russland, in den unermesslich grossen Flächen. Es liegt in Westeuropa, ist sozusagen zwischen Frankreich, Italien und Portugal eingeklemmt. Und obendrein haben die spanischen Arbeiter nicht mit einem, durch den Krieg geschwächten Westeuropa zu tun, sondern mit einem Kapitalismus, der zu grosser Kraftentfaltung im Stande ist. Die proletarische Revolution in Spanien ist darum nur möglich als ein Teil der Revolution in ganz Europa.

Weil der Kapitalismus in Spanien sich auf den, aus dem Feudalismus stammenden Eigentumsverhältnissen entwickelt hat, darum sind die Unterdrückungsapparate der herrschenden Klasse noch vielfach dieselben wie die der früheren feudalen Herrscher. Es war in allen feudalen Ländern so, dass nur Adelige zu der Geistlichkeit, zum Richterstand und Offizierscorps zugelassen wurden. In Deutschland war dies teilweise bis kurz vor dem Kriege der Fall, und in Spanien sind davon sicher nicht wenig Reste vorhanden. Das bedeutet aber, dass die reaktionären Kräfte gerade in diesen Machtinstrumenten ihren Rückhalt finden, und es ist das auch nicht so verwunderlich, dass sich der Kampf der Arbeiter mit aller Schärfe gegen die katholische Kirche wendet. Und ebenso wenig braucht man erstaunt zu sein, dass das Offizierscorps sich an die Seite der Faschisten gestellt hat. Diese Mächte sind die ausgesprochenen Vertreter des Grossgrundbesitzes und der industriellen Bourgeoisie.

Dazu kommt, dass die Kirche selbst in nicht geringem Masse als Grossgrundbesitzer auftritt. Auch beherrscht sie noch stets den Schulunterricht; wenigstens wenn man das Schule und Unterricht nennen will, was in Wirklichkeit eine skandalöse Kinderexploitation ist. Die sogenannten "neutralen" Schulen fristen nur ein kümmerliches Dasein, nicht zuletzt, weil ihre Einführung von allen früheren Regierungen sabotiert wurde (siehe N.R.C. vom 2. März 1936).

Aus dieser Verbindung der aus dem Feudalismus überlieferten Eigentumsverhältnisse mit der kapitalistischen Produktion, schöpft die spanische Bourgeoisie ihre grösste Widerstandskraft. Nicht nur weil sie dadurch über einen äusserst stabilen Unterdrückungsapparat verfügt, und nicht nur weil aus der rückständigen Bauernbevölkerung (80% Analphabeten) ohne viel Gefahr Sturmtruppen rekrutiert werden können, die zum Niederschlagen der Aufstände in den Städten tauglich sind, sondern auch, weil die beispiellose Ausbeutung der Landarbeiter genügend Mehrwert liefert für die Akkumulation in der Industrie.

### III.

Im Juli 1931 brachten grosse Massenbewegungen die Monarchie zu Fall. An diesem Kampfe beteiligten sich auch breite Schichten der Bourgeoisie. Die unhaltbaren Zustände auf dem Lande haben schliesslich auch ihre Auswirkung beim Bürgertum und erzeugen dort Strömungen, die durch Reformen u.s.w. die Zustände verbessern wollen. Aber sobald diese Gruppen durch die Aktion der Arbeiter an die Macht gekommen sind und ihr Programm durchführen wollen, stossen sie auf unüberwindliche Schwierigkeiten. Sie wollen Reformen bringen, aber im Rahmen der bürgerlichen Gesellschaft. Sie befreunden sich mit dem Gedanken der Aufteilung des Grossgrundbesitzes, aber die "Granden" müssen entschädigt werden. Auch gegen die

Herrschaft der Klerikalen auf dem Gebiete des Schulwesens wollen sie auftreten, aber sie wagen nicht die Machtstellungen der Kirche zu brechen. Selbst bei der Durchführung solcher, völlig unzureichenden Massnahmen stossen sie bei den reaktionären Mächten auf einen Widerstand, der nur durch den revolutionären Kampf der Arbeitermassen gebrochen werden kann. Das Proletariat aber macht vor den alten Rechten der herrschenden Klasse nicht halt, es setzt den Kampf durch, ohne dabei das bürgerliche Eigentum zu respektieren. Kirchen wurden verbrannt, die eine grosse Streikwelle folgte der anderen. In verschiedenen Orten erfolgten Aufstände der Landarbeiter. Die bürgerlich demokratische Regierung wurde so von beiden Seiten angegriffen. Sie konnte ihre neutrale Haltung nicht mehr aufrecht erhalten, und musste sich in einem Kampfe, bei dem die Existenz der kapitalistischen Gesellschaft auf dem Spiele stand, für eine Seite entscheiden. Sie tat das, indem sie die aufständische Bewegung mit Waffengewalt erstickte. Eine scharfe Verfolgung der revolutionären Organisationen setzte ein (Span. Rev.).

Aber es war nicht mehr möglich, den Klassenkampf in Spanien zu unterdrücken. Immer aufs neue brachen revolutionäre Bewegungen aus, die im Dezember 1933 ihren Höhepunkt erreichten. Das hatte nicht nur zur Folge, dass die verschiedenen Regierungen aufeinander folgten, sondern zwang auch die Sozialdemokraten den Forderungen der Arbeiter insoweit nachzugeben, dass deren Befriedigung auf dem Wege der Gesetzgebung zugesagt wurde. Ein Gesetz wurde angenommen, wodurch die Enteignung des Grossgrundbesitzes eingeleitet, und obendrein den monarchistischen Granden kein Schadenersatz gegeben werden sollte. Diese wurden verhaftet und auf einem Schiffe gefangen gesetzt, um nach Afrika deportiert zu werden. Auch der Grossgrundbesitz der Kirche sollte enteignet und die Schule ihrem Einflusse entzogen werden. Der klerikale Unterricht wurde verboten.

Diese Massnahmen wurden unter dem Druck der Massenbewegung genommen, aber es wurden nur schwache Versuche zu ihrer Durchführung unternommen. Der alte Staatsapparat, dessen Organe trotz der Veränderung in der parlamentarischen Spitze dieselben geblieben waren, sabotierte die Ausführung. Und nachdem die Bewegung der aufständigen Arbeiter etwas zur Ruhe gekommen war, wurden die genommenen Massnahmen zunichte gemacht;— die "Schlachtopfer" unter den Granden bekamen einen Schadenersatz. Die nachher im Jahre 1934 an die Macht gekommene Regierung Lerroux hat die betreffenden Gesetze wieder aufgehoben.

Die Übernahme der Macht durch Lerroux gab den Anstoss zu revolutionären Aufständen im ganzen Lande. In Asturien hatten die Arbeiter während mehrerer Wochen das ganze Gebiet in Händen; doch sie konnten sich gegen die modernen Waffen der Regierung nicht behaupten. Sie standen allein, die Arbeiter im übrigen Spanien liessen sie verbluten ohne ihnen zur Hilfe zu kommen. Daran war in nicht geringem Masse die Haltung der C.N.T. schuld, die diesen Kampf als politischen Kampf erklärte und darum weigerte ihn zu unterstützen. (Die C.N.T. Organisation in Asturien machte davon natürlich eine Ausnahme).

Sie erklärten ebenso wenig für eine sozialdemokratische Regierung als für eine faschistische eintreten zu wollen und hielten sich auch abseits von dem Kampfe der in Barcelona geführt wurde, wo es um die Verwirklichung des kleinbürgerlichen Ziels der Autonomie von Catalonien ging. Die C.N.T. hatte damals noch nicht begriffen dass es nur so lange um kleinbürgerliche Ziele oder um die Aufrechterhaltung der sozialdemokratischen Re-



gierung geht, als der grösste Teil der revolutionären Arbeiter (die C.N.T. verkörpert diesen Teil) sich abseits vom Kampfe hält. So wurde dann der Aufstand in Asturien durch die Soldateska (Mehrentenregiment und Fremdenlegion) in einem Blutbad erstickt, das die Unterdrückung der Pariser Kommune in den Schatten stellt.

Die Diktatur von Lerroux aber konnte ebensowenig wie ihr Vorgänger, die sozialdemokratische Regierung, den Klassenkampf unterdrücken. Der Terror der Regierung peitschte die Arbeiter noch mehr auf, und wenn auch die revolutionären Kämpfe nicht eine solche Ausdehnung wie im Jahre 1933 erreichten, so häuften sich doch die terroristischen Anschläge zusammen mit kleineren und grösseren Streiks und machten eine geregelte Ausbeutung unmöglich. Die Grossgrundbesitzer mit ihrem Anhang ihrerseits waren auch nicht mit der halbfaschistischen Regierung zufrieden und verlangten eine volle Diktatur, die mit den Arbeiterparteien und Organisationen, auch mit der Sozialdemokratie, aufräumen sollte.

Die Wahlen im Februar 1936 gaben den Anstoss zu neuen Bewegungen, die latenten Spannungen traten wieder hervor. Unter dem Druck grosser Massendemonstrationen verschwand die alte Regierung, und wurden zahlreiche Konzessionen an die Arbeiter von der neuen Regierung erzwungen. Die politischen Gefangenen wurden freigelassen, die Gemeinderäte nahmen ihre Tätigkeit wieder auf. Durch das Mittel zahlreicher, rücksichtslos durchgeführten Streiks, erzwangen die Arbeiter die Zurücknahme der unter der Regierung Lerroux eingeführten verlängerten Arbeitszeit. Die während dieser Zeit mehr geleisteten Arbeitsstunden wurden als Überstunden erklärt und ihre Bezahlung durch die Unternehmer erzwungen. Vielfach wurden die Unternehmer gezwungen, die wegen Teilnahme am Aufstand im Jahre 1934 entlassenen Arbeiter wieder einzustellen. Natürlich wurden solche Resultate nicht erreicht durch Aktionen, die sich an die gesetzlich zugestandenen Methoden halten. Fast alle Streiks, so klein sie auch begannen, erfuhren durch Solidaritätsstreiks eine solche Ausdehnung, dass in den betreffenden Orten das ganze Wirtschaftsleben still zu liegen kam, dabei vielfach unterstützt durch terroristische Anschläge auf noch arbeitende Betriebe. Es ist dabei mehrfach vorgekommen, dass die Regierung eingreifen musste wenn die Unternehmer den Forderungen der Arbeiter nicht nachkamen, und sie zwingen musste, einzuwilligen. Die Unternehmer gehorchten, oft unter heftigen Protesten und mit der Erklärung, dass die Regierung "für die Folgen verantwortlich sei". Und doch blieb der Regierung keine andere Wahl; wenn sie verhindern wollte, dass die Aktionen zur revolutionären Welle werden, wodurch sie selbst hinweggeschwemmt werden konnte, dann musste sie ein Kompromis erzwingen. Ging das nicht durch Niederschlagung der Arbeiter, dann eben auf Kosten der Unternehmer.

Auch auf dem Lande spitzten sich die Verhältnisse im hohen Masse zu: Kirchen, Klöster, herrschaftliche Häuser wurden verbrannt, das Land hier und dort aufgeteilt. Ein Strom von Flüchtlingen kam mit Autos in Gibraltar und in Frankreich über die Grenze. Die Regierung gab in einigen Fällen ihre Zustimmung zu der Aufteilung des Bodens, in anderen Fällen wieder wurde die "Ordnung" durch Guardia-Civil in blutigster Weise wiederhergestellt. An der Nachgiebigkeit der Regierung den Arbeitern gegenüber kam bald ein Ende als sie bemerkte, dass sie mehr und mehr die Macht über die Arbeiter verlor.

Sehr bald kam es dann auch zum offenen Konflikt zwischen Regierung und Arbeitern, wobei die erstere durch Sozialdemokratie und deren Gewerkschaften unterstützt wurde. Wiederholt konnte man Berichte le-

lesen über Zusammenstösse zwischen Sozialdemokraten und Anarchisten oder Syndikalisten.

Die Volksfrontregierung steht zwischen den beiden Fronten. An die Macht gekommen durch die Aktivität der Arbeitermassen, steht sie doch im Gegensatz zu diesen. Aber auch durch die faschistischen Organisationen wird sie bedroht: durch die Marine, Armee und Offizierscorps, durch Grossgrundbesitz und Unternehmertum, die alle ihre Position durch die Aktivität der Arbeiter bedroht sehen und die die Volksfrontregierung dafür verantwortlich machen. Sie wollen den Sturz dieser Regierung und die Aufrichtung einer absoluten, militärischen Diktatur. So ist der Zustand, so stehen sich die Kräfte gegenüber unmittelbar vor dem Ausbruch des Militäraufstandes.

#### IV.

Die Rolle der Volksfrontregierung, und wie ihr langsam aber sicher die Macht entglitt, kam noch einmal deutlich zum Ausdruck durch die Geschehnisse am Vorabend des faschistischen Aufstandes. Die Ermordung eines Polizei-Offiziers durch Faschisten brachte dessen Kameraden dazu um Rache zu nehmen. Die Volksfrontregierung hatte nicht die Macht faschistischen Mörder aufzutreten und so geschah die Ermordung Sotelo's des Führers der Madrider Faschisten, durch die Polizei. Für die Faschisten war dieser Mord soviel wie ein Signal zum Aufstand; einen Zustand, wo die Machtapparate des Staates selbständig und auch gegen sie auftreten, konnten sie nicht dulden.

Der Aufstand begann in mehreren Garnisonen in Marokko. Nach kurzem Kampf beherrschten die Faschisten das Land. In Spanien selbst stand fast das ganze Offizierscorps offen oder versteckt an der Seite der Aufständigen. In sehr vielen Garnisonen kam so das Militär unter der Führung der Offiziere in offenen Aufstand gegen die Regierung. Auch auf den Kriegsschiffen war dies der Fall. Auf mehreren Schiffen aber antworteten die Matrosen mit der Gefangennahme ihrer Offiziere; dabei ist auch von der Waffe gebrauch gemacht und sind sowohl Matrosen wie Offiziere getötet.

Die Volksfrontregierung zeigte in den ersten Tagen des Aufstandes ihre völlige Ohnmacht. Sie erliess eine Proklamation nach der anderen, worin sie erklärte dass sie die Lage vollkommen beherrsche, dass der Aufstand sich auf ein paar Garnisonen in Marokko beschränke, dass keine Gefahr bestände, u.s.w. Während dieser Zeit breitete sich der militärische Aufstand im ganzen Lande aus. Doch die Zeit, die nach den ersten Meldungen aus Marokko und während der weiteren Ausdehnung des Aufstandes in Spanien selbst verlief, war genügend um die Arbeiter zu alarmieren und auf die Strasse zu bringen. Sie belagerten die Kasernen worin sich die aufständigen Truppen befanden. In vielen Fällen kehrten sich dann die Soldaten gegen die Offiziere, die verhaftet wurden. In anderen Fällen wieder fanden Zusammenstösse statt und sind blutige Gefechte geliefert. Dadurch blieben Malaga, Barcelona, Madrid, Bilbao, San Sebastian und andere wichtige Orte in den Händen der "Regierung". Dies Letztere darf man vor allem nicht buchstäblich auffassen. Die Regierung hatte in dem Kampfe nur ihre absolute Ohnmacht gezeigt; der Sieg war hauptsächlich durch die Arbeiter errungen, obwohl auch ein Teil des Militärs und der Polizei loyal gegenüber der Regierung blieb. Allerdings blieb die Regierung noch offiziell in Funktion, aber in Wirklich-



eine offizielle Legitimation in seinem Besitz hat, gegen willkürliche Handlungen geschützt sein. Übertretungen dieser Entschliessung werden streng bestraft. Die durch die Miliz beschlagnahmten Autos müssen an die Eigentümer zurückgegeben werden. Die Miliz zu Madrid muss des Abends um 10 Uhr vor den Kasernen antreten und sich zur Verfügung der Offiziere stellen". Dieser Order wird folgende Erklärung hinzugefügt: "Die Behörde hält es nicht länger für nötig, dass die rote Miliz in den Strassen patrouilliert. Der Sicherheitsdienst ist wieder in die Hand der Polizei übergegangen".

Im Anschluss daran berichtet N.R.C. am 28. Juli:

"In Madrid nimmt die Volksfrontmiliz nach und nach offiziellen Charakter an. So wie bekannt ist die sozialistische und kommunistische Jugend seit dem 18. Juli durch die Regierung mit Waffen versehen und stehen sie jetzt unter dem Befehl von Offizieren der regulären Armee. Sie haben dadurch militärischen Charakter bekommen und viele sind schon zu einem militärischen Dienstgrad, wie Sergeant, Korporal u.s.w. befördert; sie müssen gehorchen an jedes Mitglied der regulären Armee. Die Miliz ist in Abteilungen zu 30 Mann eingeteilt, die jede ihren Unterführer wählen. Dieser steht mit seiner Gruppe wieder unter dem Befehl eines Offiziers oder Unteroffiziers. Die Waffen werden direkt durch die Armee ausgegeben oder durch Vermittlung der Gewerkschaftsorganisationen. Hierbei wird auf strenge Kontrolle geachtet."

Der beabsichtigte Zweck solcher Massnahmen ist deutlich. Wenn die Arbeitermiliz durch die Strassen patrouilliert und die Ordnung aufrecht erhält, dann geschehen Dinge die die Volksfrontregierung nicht mehr kontrollieren kann. Das bürgerliche Eigentum ist dann nicht mehr sicher. Die Arbeitermiliz requiriert Automobile, Gebäude werden beschlagnahmt als Versammlungsgebäude, Hospitale, Sitzungssäle für verschiedene Kommissionen, für die Einrichtung von Schulen u.s.w., Lebensmittel werden beschlagnahmt und den Volksküchen u.s.w. zur Verfügung gestellt. Die Unternehmer verlieren das Verfügungsrecht über ihre Betriebe. Selbstverständlich kann die Volksfrontregierung einen solchen Zustand nicht dulden. Sie ist schliesslich eine bürgerliche Regierung die den Schutz des Privatbesitzes des bürgerlichen Eigentums zur Aufgabe hat. Sie versucht das auf dem demokratischen Wege, d.h. indem sie trachtet die Klassengegensätze zu überbrücken, aber doch so, dass alle Parteien die bürgerliche Ordnung respectieren. Und kann sie auch nicht direkt gegen die Arbeiter auftreten, weil sie dieselben für den Kampf gegen die Faschisten nötig hat, so ist sie doch bestrebt die Arbeiterorganisationen der Kontrolle und dem Befehl der Regierungsorgane zu unterwerfen. Darum versucht sie die Arbeitermiliz in die Armee aufzunehmen und der Polizei wieder die Funktion des Ordnungsdienstes zu übertragen.

Aber diese Massnahmen haben praktisch nur eine Sabotage des Kampfes gegen die Faschisten zur Folge. Zeigt schon das zögernde und vorsichtige Auftreten der Regierung gegenüber den Aufständigen, dass sie auch mit dieser nicht alle Brücken abbrechen wollte, so äusserten die Angehörigen der besitzenden Klasse ihre Sympathie mit den Faschisten noch sehr viel deutlicher. So wird zum Beisp. berichtet, dass eine grosse Zahl von Unternehmern und Geschäftsinhabern sich bei den aufständigen Truppen eingereiht haben. Dieser besitzenden Klasse soll nun von einer Regierung, die selbst nur mit halbem Herzen bei der Abwehr des faschistischen Aufstandes war und ist, das Verfügungsrecht über ihr Eigentum gesichert werden. Werden die Unternehmer vor dem Eingreifen der Arbeiter-

miliz geschützt, dann unterliegt in den meisten Fällen die Beschlagnahme von dem, was für den Kampf nötig ist, die Versorgung mit Lebensmitteln, Waffen und Munition wird erschwert. Aber auch die militärische Kampfhandlung selbst wird in Gefahr gebracht. - Den Offizieren der alten Armee wird das Kommando übergeben. Aber woher hat man die Sicherheit, dass sie nicht mit den Faschisten gemeinsames Spiel machen? Werden sie ihre Abteilungen nicht in Hinterlagen führen? Und wenn heute noch manche von ihnen der Regierung gegenüber loyal sind, - werden sie es bleiben wenn das bürgerliche Eigentum, je länger der Kampf dauert, mehr und mehr ins Gedränge kommt? Der "Telegraf" berichtete übrigens schon von einem Falle, dass ein Kolonel (Oberst) von seinen Leuten standrechtlich erschossen ist, weil er seine Truppe in eine Falle hineingeführt haben soll.

Übrigens zeigt sich, dass die Regierung sich trotz aller Massnahmen nur zu behaupten weiss indem sie den Arbeitern wichtige Konzessionen macht. Die Zeitungen melden, dass 300 Betriebe nationalisiert sind, oder aber damit bedroht werden, wenn die Unternehmer nicht innerhalb 24 Stunden zurückkehren. Dass dies letztere geschieht ist nicht anzunehmen, schreibt der "Telegraf", denn viele von ihnen kämpfen an der Seite der Nationalisten.

Ohne Zweifel hat die Regierung diese Massnahmen nicht aus freiem Willen getan. Natürlich haben die Arbeiter der betreffenden Betriebe diese selbst in Gang gehalten und ihre Produkte, als Lebensmittel Munition u.dgl., den Organisationen, die in Madrid die Distribution beherrschen, zur Verfügung gestellt. Welcher Art diese Organisationen sind, wissen wir nicht, aber in jedem Falle ist der Regierung alles daran gelegen, sie unter ihre Kontrolle zu bekommen. Darum die "Nationalisierung" der Betriebe, die schon mehr oder weniger von den Arbeitern verwaltet wurden, und die jetzt unter selbständig Kontrolle der Regierung gebracht werden.

## VI

Aus Madrid kommen fast nur offiziellen Berichte, so dass schlecht zu beurteilen ist, inwieweit die "Behörde" sich durchzusetzen wusste, oder ob ihre Dekrete nur Versuche sind um nicht völlig die Macht zu verlieren. Die Nachrichten aus Barcelona sind in dieser Hinsicht vollständiger, und alles deutet darauf hin, dass die Regierung hier ausserst schwach ist.

Die Correspondenz des N.R.C. ist in der Wiedergabe des Konfliktes zwischen Arbeitern und Volksfrontregierung sehr offenherzig. In einem Briefe vom 28. Juli (N.R.C. 25. Juli) wird folgende Beschreibung gegeben:

Niemand ist heute an die Arbeit gegangen. Und auch morgen wird niemand gehen. ... Werden sie (die bewaffnete Jugend) wieder an die Arbeit gehen? Werden sie ihre Waffen abgeben? ... Diejenigen, die dies nicht fragen, das sind die Anarcho-Syndikalisten; die werden wohl nicht daran denken ihre schönen Waffen aus der Hand zu geben. ... Wir bekommen nicht den Eindruck, dass die Regierung hier diese Menschen in ihrer Macht hat. Hat sie darum Freiwillige aufgerufen um nach Saragossa aufzurücken zur Bekämpfung der Aufständigen dort? Hofft sie so einen Teil der lästigen Freunde eine Zeit lang zu entfernen. Der Aufruf, um die nicht mehr nötigen Waffen abzuliefern, ist erlassen. Des weiteren wird rückhaltloser Gehorsam den Komitees gegenüber gefordert und werden Volkstruppen rekrutiert".

In der ersten Woche nach dem Niederschlagen des Aufstandes







In diesem Sinne haben sie grosse Ähnlichkeit mit den Arbeiter-  
 räten in den Novembertagen vom Jahre 1918. in Deutschland. Doch ist da-  
 mit natürlich nicht gesagt, dass die Arbeiter nicht die herrschende  
 Macht bilden: sie haben genug Mittel, um auch diesem Komite ihren Willen  
 aufzulegen. Aber es muss schliesslich doch ein Zeitpunkt eintreten, wo  
 die Arbeiter mit diesem Komite, oder einem Teil desselben, in Konflikt  
 geraten. Und zwar, wenn die sozialdemokratischen und kommunistischen  
 Führer Angst bekommen, dass die Arbeiter zu weit gehen. Dann entbrennt  
 ein neuer Kampf zwischen den Arbeitern und diesen Parteien und macht  
 die revolutionäre Entwicklung einen neuen Schritt vorwärts.

In derselben Weise ist ein Ernährungs-komite gebildet, welches  
 die Nahrungsmittelversorgung von Barcelona regelt. "Für diejenigen, die  
 sich unter den Waffen befinden, oder in den Komitees arbeiten, werden  
 durch die ländlichen Syndikate der C.N.T. grosse Mengen Nahrungsmittel  
 zur Verfügung gestellt. In der Stadt sind Volksrestaurants geöffnet, um  
 alle diejenigen zu speisen, die von einem Syndikat oder einer antifasch-  
 istischen Organisation eine Karte bekommen haben. Auch die antifaschis-  
 tischen Ausländer können davon gebrauch machen. Das C.N.T. Syndikat  
 der Arbeiter in den Lebensmittelbetrieben ist praktisch der Mittelpunkt  
 der Nahrungsmittelversorgung der Stadt. An dieses Syndikat wenden sich  
 die Händler und alle die Anspruch haben auf grössere Mengen der Vorräte.  
 Alle Syndikate arbeiten mit an dem Zustandekommen einer Übersicht über  
 den Bedarf, damit das Lebensmittel-syndikat über die nötigen Richtlinien  
 verfügen kann" (De Syndikalist, 8. Aug.).

In der ersten Woche wurden Massnahmen getroffen, um die Nahrungs-  
 mittelversorgung so viel wie möglich zu sichern. Ohne Zweifel hat die  
 Bourgeoisie gehamstert; daher auch die zahlreichen Requisitionen. Dass  
 die Volksfrontregierung gegen diese Inbeschlagnahme auftrat, ist selbst-  
 verständlich; einem solchen Eingriff in das bürgerliche Eigentum kann  
 sie nicht dulden. In Madrid wurde darum bekannt gegeben dass "bewaffnete  
 Angehörige der Volksmiliz, die sich der Plünderung von Lebensmittelge-  
 schäften schuldig gemacht haben, als Faschisten angesehen und schwer  
 bestraft werden". --- Natürlich kann die Volksfrontregierung in einer  
 solchen Verordnung nicht öffentlich ausgesprechen, worauf es für sie an-  
 kommt. Darum geschieht es unter dem Deckmantel eines Kampfes gegen "Plün-  
 derungen", die nach glaubhaften Meldungen aus Malaga und Barcelona so  
 gut als nicht stattfanden. Das ist übrigens nicht anders zu erwarten,  
 denn gegen wirkliche Plünderungen durch Personen die sich selbst berei-  
 chern wollen, wird von den Arbeitern selbst viel schärfer aufgetreten  
 als eine Regierung als eine Regierung in solchen Tagen jemals wagen  
 könnte.

Die Verteilung geschah in der ersten Zeit durch Bars, die an  
 die Mitglieder der Arbeitermiliz, an Bedürftige und an die Arbeiter  
 in den Betrieben ausgegeben wurden. Die Bourgeoisie war also automatisch  
 aus diesem Verteilungssystem ausgeschlossen und auf das Kaufen mit Geld  
 in den gewöhnlichen Geschäften angewiesen. Aber auch die Lebensmittel-  
 versorgung durch die Geschäfte wird, wie der Bericht in "De Syndikalist"  
 zeigt, durch die Arbeiter kontrolliert, da "die Syndikate mitarbeiten,  
 um eine Übersicht über die Bedürfnisse zu bekommen". Offenbar bekamen die  
 Arbeiter später doch ihren Lohn in Geld. Ob bei dem Kaufen mit Geld  
 ausserdem ein Beweis, dass man in einem Betriebe arbeitet, vorgelegt  
 werden muss, wird nicht vermeldet. Die Art und Weise wie die Verteilung  
 organisiert wird ist ein direkter Massstab dafür, in welchem Masse die  
 Arbeiter die Macht haben. Ohne Frage hätte die Volksfrontregierung

das nicht getan in einer Weise, die die Bourgeoisie automatisch ausschalt-  
 tet.

Um die verlorene Macht zurück zu gewinnen, reorganisierte sich  
 die Regierung Companys. Companys selbst trat als Regierungspräsident ab,  
 aber blieb Präsident der Generalidad. An seine Stelle trat Casanovas.  
 Dann wurden Sozialdemokraten in die Regierung aufgenommen, während die  
 Kommunisten erklärten, die neue Regierung unterstützen zu wollen. Die  
 Syndikalisten aber zwangen die Sozialdemokraten aus der Regierung auszu-  
 treten, so dass der alte Zustand einer rein bürgerlichen, aber vollkom-  
 men machtlosen Regierung neben den die Macht ausübenden Arbeiterkomitees  
 wieder hergestellt wurde.

Doch konnte ein Konflikt zwischen den revolutionären Arbeitern  
 und der Volksfrontregierung nicht ausbleiben. Die Regierung versuchte,  
 ebenso wie es die Madrider Regierung getan hatte, die Arbeitermiliz dem  
 Kommando der Armee zu unterwerfen. Sie erliess einen Mobilisierungsbefehl  
 aber die Arbeiter gehorchten nicht. Der "Telegraaf" vom 8. Aug. berichtet  
 hierüber das Folgende: "Vermutlich ist es auch die Furcht vor Lähmung ih-  
 rer Kraft gewesen, die die Arbeiter dazu veranlasst hat, dem Mobilisie-  
 rungsbefehl der Regierung kein Gehör zu schenken, wonach in dieser Woche  
 verschiedene Jahrgänge zum Militärdienst aufgerufen waren, Ein Teil ist  
 erschienen und hat einen Tag in der Kaserne durchgebracht. Aber dann sind  
 sie wieder weggelaufen, wie man sagt, nachdem sie ihre Militärkleidung  
 zerrissen hatten. Die anderen sind nicht erschienen. ...."

Die C.N.T. und F.A.I. erklären, dass sie "....."bereit sind  
 den Kampf gegen das aufständische Militär fortzusetzen, aber nur als frei-  
 willige Milizsoldaten." Die C.N.T. veröffentlichte ein Manifest, worin  
 sie droht, ihre Machtposition wenn nötig mit Gewalt zu behaupten, wenn  
 die "marxistischen" Organisationen wiederum versuchen sollten, sie zu  
 überrumpeln oder zu entwaffnen, so wie in den Orten Figueras und Gerona  
 geschehen ist, wo die Sozialisten und die Guardia Civil zufällig das Über-  
 gewicht hatten."

Der Versuch der Regierung, um die freiwillige Arbeitermiliz un-  
 schädlich zu machen, ist also fehlgeschlagen. Solange aber diese Miliz  
 noch die Strassen beherrscht, kann die Regierung verordnen was sie will,  
 die Arbeiter setzen ihre eigenen Interessen durch. Sie regeln die ganze  
 Produktion und Distribution und treffen Massnahmen, die für die Fortset-  
 zung des Kampfes nötig sind, ohne dabei vor dem bürgerlichen Eigentums-  
 recht halt zu machen.

Ein anschauliches Bild von der Art und Weise, wie die Arbeiter-  
 miliz den Kampf führt, gibt uns ein Korrespondent des "Telegraaf", (22./  
 Aug.), der die Front von Saragossa besucht hat. Er sprach mit Durutti,  
 dem Führer der C.N.T. und F.A.I. Miliz. Auf die Frage des Korrespondenten  
 "Was ist das Ziel der roten Armee?" erhielt er zur Antwort: "Das ist  
 kurz gesagt: Die Militaristen waren eine fortwährende Bedrohung für die  
 Freiheiten unseres Volkes und die Volksmilizen sind die einzige Ga-  
 rantie, dass das Volk seine Freiheiten behält. Die Geschichte Spaniens  
 lehrt, dass die Armee bis dahin immer wieder nach der Macht gegriffen  
 und das Schwert gegen das Volk gehiebt hat, von dem es besoldet wurde.  
 Die Soldaten waren dabei ein willenloses Werkzeug, so wie sie es auch in  
 den blutigen Tagen, die hinter uns liegen, gewesen sind. Die Offiziere  
 sind beinahe alle in den Aufstand gekommen. Sie haben selbst gegen die  
 militärische Disziplin gesündigt, die sie von ihren Soldaten verlangen."



Unmöglich, dann noch von den Soldaten zu verlangen, dass sie sich je wieder dieser Disziplin unterwerfen. Die Massendienstweigerung hat daran endgültig ein Ende gemacht."

"Wie ist dann die Struktur der Armee, wenn die alte Disziplin nicht mehr besteht?"

"Sie wissen, dass die Volksarmee aus Centuria's besteht? Das sind Gruppen von 100 Freiwilligen, die aus ihrer Mitte einen Gruppenführer wählen. Auch die übrigen Führer werden gewählt, und auch ich sitze hier nur, weil die Delegierten der Miliz mich für diesen Posten angewiesen haben. Mit der alten Disziplin haben wir vollkommen gebrochen. Wir haben hier im Felde eine andere Zucht. Plünderung und Anschläge sind bis jetzt nicht vorgekommen. Aber diese Zucht beruht nicht auf dem Prinzip der Autorität, sondern ergibt sich aus unserem Ziel, woran jedes Mitglied der Miliz sich freiwillig unterworfen hat. ...."

Bei Huesca liegt eine Gruppe Soldaten aus der früheren Armee. Sie werden geführt von einem regierungstreuen Obersten. Auch ihn zwingt ich, das Prinzip der Kameradschaft anzunehmen und seine alte Autorität abzulegen. ...."

Bei der Guardia Civil, soweit sie bei uns eingereicht ist, geht es nicht anders. Die Guardias sind eigentlich die Kosakken von Spanien; eben blind gehorchend und mit eben strengen militärischen Prinzipien. Das alles muss da heraus. Wir sind begonnen um ihnen die grüne Uniform auszuziehen. Sie laufen jetzt, ebenso wie wir alle, im Arbeitsanzug herum, und wir tun alles, um ihnen Kameradschaftsgefühl beizubringen. ..."

Ein Dekret, das von der Kolonne Durutti herausgegeben ist, lautet:

Das Kriegskomitee der Kolonne Durutti gibt, unter Berücksichtigung der Wünsche und des Bedarfs der Bevölkerung von Bujaraloz, die folgende Instruktion:

- 1.) Angesichts der Tatsache, dass die Ernte als etwas Heiliges für die Interessen des arbeitenden Volkes und für die antifaschistische Sache angesehen werden muss, müssen die Erntearbeiten ohne jeden Zeitverlust ausgeführt werden.
  - 2.) Alles Eigentum in der Form von Produkten, Vieh oder Transportmittel, von Besitzern faschistischer Gesinnung müssen unter Kontrolle des Versorgungskomitees, in die Hände des Volkes übergehen.
  - 3.) Durch die Verkündung dieses Dekrets wird das private Eigentum der grossen Grundbesitzer abgeschafft, und geht der Grund in den Besitz des Volkes über, in der Form und Bedeutung, die das Dorfkomitee daran gibt.
  - 4.) Alle landwirtschaftlichen Werkzeuge, Traktors, Dreschmaschinen u.s.w. von faschistischen Besitzern, werden als Dorfeigentum erklärt, unter Kontrolle der Vertreter der Einwohner des Dorfes.
  - 5.) Da der bewaffnete Kampf der antifaschistischen Miliz eine Bürgschaft ist für die Interessen und das Leben des arbeitenden Volkes, müssen die Bewohner von Bujaraloz daran begeisterte und rückhaltlose Unterstützung verleihen, sowohl materiell wie moralisch.
- "Wo wir gewesen sind," sagte Durutti dem Correspondenten, "wird es niemals wieder so wie früher".

Je mehr nun der Kampf sich im revolutionären Sinne entwickelt und die Macht der Arbeiter die Position des Kapitals bedroht, in derselben Masse wächst bei der Bourgeoisie die Strömung, die Volksfrontregierung zu einem Kompromis mit den Faschisten zu bewegen, um zusam-

zusammen den gemeinschaftlichen Feind, das revolutionäre Proletariat niederschlagen. Selbst heute schon kann man sich des Eindrucks nicht erwehren, dass von Seiten der Regierung nicht alles getan wird, um mit den Faschisten aufzuräumen.

Dass die Dinge sich in Spanien in dieser Richtung entwickeln, ist durchaus möglich. Es würde nicht das erste Mal in der Geschichte sein, dass derartige demokratische Regierungen zu einem Kompromis mit dem aufständigen Militär kommen um gemeinschaftlich die Arbeiter nieder zu schlagen. In Russland nahm Kerensky gegenüber Kornilow auch eine veröhnende Haltung ein und wurde nachher durch die Arbeiter verjagt. Als durch den Kapp-Lüttwitz Putsch im Jahre 1930 eine rote Armee als Antwort der Arbeiter erstand und in den Industriegebieten an Rhein und Ruhr die Kapp-Lüttwitz Truppen geschlagen wurden, kam es zu einem Kompromis. Die aufständigen Truppen erklärten sich wieder für die alte Regierung und haben dann im Auftrage der sozialdemokratischen Regierung die Arbeiter niedergeschlagen und entwaffnet. Die Aufgabe der sozialdemokratischen Partei und der Parlamentskommunisten war dann, um den Willen zum Widerstand bei den Arbeitern zu brechen. In dem berühmten Bielefelder Abkommen wurde dieser Verrat besiegelt.

So wird man es auch jetzt in Spanien versuchen, d.h., wenn man es wagt und wenn sich die Gelegenheit dazu bietet. Es wurde schon berichtet von Anerbieten von Azana an Mola, die aber abgewiesen sein sollen. Der Ursprung solcher Meldungen kann natürlich Stimmungsmache und von den Offiziersbanden losgelassen sein, um die Arbeiter zu demoralisieren. Aber in jedem Falle weisen sie darauf hin, dass man über die Möglichkeit denkt. Auch der Correspondent des N.R.C. hat von Anfang an mit diesem Gedanken gespielt: "Wird man in ganz Spanien zur Besinnung kommen können? Und im letzten Augenblick noch einen Bürgerfrieden schliessen können zwischen den bürgerlichen Elementen, die nicht wünschen dass das Land ein rauchender Schutthaufen wird, oder ein Gebiet wo ein chaotischer Anarchismus oder ein sogenannter freier Kommunismus alles vernichtet was einem grossen Teil des Volkes teuer ist?" schrieb er schon am 22. Juli.

Dass die Regierung, wenn sie ein Kompromis zustande bringt, auf die Unterstützung der sozialdemokratischen und kommunistischen Parteien rechnen kann, ist sicher. Das Sekretariat der französischen kommunistischen Partei hat das folgende Communiqué veröffentlicht: "Das zentrale Komitee der spanischen kommunistischen Partei bittet uns, als Antwort auf sichere phantastische Erzählungen, der öffentlichen Meinung bekannt zu geben, dass das spanische Volk in seinem Kampf gegen Aufrührer, keinesfalls die Aufrichtung der Diktatur des Proletariats als einziges Ziel im Auge hat, sondern die Verteidigung der republikanischen Ordnung und Aufrechterhaltung des privaten Eigentums." (N.R.C. 3.Aug.)

Jede weitere Bemerkung ist überflüssig. Aber so sehr die Regierung auch der Unterstützung der beiden Volksfrontparteien versichert sein kann, ebenso sicher weiss sie, dass die bewaffneten Arbeiter sie hinwegfegen werden, wenn sie es wagt, mit den Faschisten zu unterhandeln. Sie wird damit auch nicht beginnen, wenn sie nicht auf die Unterstützung der französischen und evtl.



anderer Regierungen rechnen kann, in der darauf notwendig folgenden Auseinandersetzung mit den revolutionären Arbeitern.

## VIII.

Die Entscheidung fällt aber nicht in Spanien selbst; die Intervention des Auslandes ist von entscheidender Bedeutung. Wären die Faschisten ausschliesslich auf ihre eigene Kraft angewiesen, dann wäre die Situation für sie hoffnungslos. Sie haben nur einen Teil des Landes in Händen, und zwar den weniger wichtigen; die beiden grossen Städte, die wichtigsten Industriezentren sind in Händen der Arbeiter. Das Gebiet, das die Offiziere in Händen haben, beherrschen sie nur mit dem schärfsten Terror. Die ersten Verordnungen der Offiziere in Marokko und Sevilla waren: Auflösung der Arbeiterorganisationen und Streikverbot unter Androhung der Todesstrafe. Nach einem Bericht des "Telegraaf" wird die Unterwerfung des Bergarbeitergebietes zwischen Sevilla und Cordoba folgendermassen vollzogen: Die schwarzen Truppen überwältigen durch ihre Übermacht ein Dorf. Da keine Besatzung hinterlassen werden kann, müssen die Faschisten am Orte nachher die "Ordnung" aufrecht erhalten. Die Einwohner werden zusammengetrieben, die örtlichen Faschisten weisen die bekannten Vorkämpfer der Arbeiter an, diese werden erschossen und ein anderer Teil gefangen gesetzt. Die Faschisten werden von Waffen versehen und müssen weiterhin die Bevölkerung im Zaume halten. "De Syndicalist" vom 8. Aug. berichtet über den Zustand in Saragossa: "Die Offiziere beherrschen die Strasse. Radioapparate sind in Beschlag genommen. Regierungsflugzeuge werfen Manifeste und Flugschriften ab, wer sie aufnimmt, setzt sich der Todesstrafe aus. Und N.R.C. meldet von der Insel Majorca: "Bei den Luftangriffen der Regierungsflugzeuge war die faschistische Miliz schon bei den ersten Schüssen nicht mehr zu sehen. Aber sobald die Luft sein ist und das Rote Kreuz die blutigen Roste aufgeräumt hat, erscheint sie wieder und rast in Frachtautos bis an die Zähne bewaffnet durch die Strassen und brüllt: "Viva España, arriba nuestra España", und die Arme erheben sich zum César gruss. Radioberichte bekommt man nur von der Insel selbst; - Regierungsflugzeuge werfen Aufrufe ab, aber "wehe dem, der sie aufnimmt" (N.R.C. 4. Aug.) Auch militärisch scheinen die Arbeiter erfolgreich zu sein, doch auch ohne dem kann man einen Sieg der Faschisten für ausgeschlossen halten. Überall wo sie sind, sitzen sie auf einem Vulkan...

Inzwischen bekommen die Faschisten aus dem Auslande Hilfe; vor allem aus Italien und Deutschland. Beide sind direkt an einem Sieg der faschistischen Kreise in Spanien interessiert. Deutschland durch seinen grossen Kapitalbesitz dort und weil es durch die Rohstoffe angelockt wird, die in Spanien in so reicher Masse gewonnen werden und die für die deutsche Industrie so bitter nötig sind. Aber auch aus sonstigen politischen Gründen. Italien wegen seiner Position im Mitteländischen Meer und weil die Macht der römischen Kirche, die durch den Vertrag von "Lateran" zu einem Teil des iatischen Staates geworden ist, auf dem Spiele steht. Italien liefert Flugzeuge und Piloten, Deutschland sendet unter dem Schutze seiner Kriegsschiffe Schiffsladungen allermodernsten Kriegsgerätes, wie Flugzeuge, Tanks, Panzerautos, Geschütze, Bomben und Brisantmunition. Die Waffen der Kirche sind natürlich die Waffen des "Geistes": "Wir stehen gegenüber einem

Ku-Klux-Klan, das eine Politik, eine Methode, ja ein Ziel für Gangster (Verbrecher) geworden ist, kurzum für diejenigen, die den Kommunismus, dessen Fahne sie hissen, verkünden". schrieb der Osservatore Romano, das offizielle Organ des Vaticans. Man kann die Wut der römischen Kirche begreifen, wo sie doch für immer aus dem spanischen Lande, das für sie ein besonders wichtiger Stützpunkt war, herausgeworfen wird.

Aber auch Länder wie Frankreich und England sind am Gang der Dinge in Spanien interessiert; ein Spanien das von Italien abhängig ist, kann keiner von beiden dulden. Beide würden das Spiel im Mittelmeer so gut wie verloren haben. Darum ist mit der Einmischung der grossen Mächte in die spanischen Kämpfe unmittelbar Kriegsgefahr verbunden. Will Frankreich-England einen Krieg mit Italien-Deutschland vermeiden, dann müssen sie auf ein Kompromis hinarbeiten. Das öffnet zugleich für die spanische Volksfrontregierung die Möglichkeit, zusammen mit den faschistischen Banden und wenn nötig mit deutschen, italienschen, englischen und französischen Truppen, die revolutionären Arbeiter niederzuschlagen. Schaltet man das Ausbrechen eines internationalen Krieges, dessen Nähe man noch nie so fühlte wie jetzt, aus, dann gibt es nur noch zwei Möglichkeiten: Das erwähnte Kompromis, oder Deutschland und Italien lassen ihre Hände aus dem Spiel, weil sie sehen, dass die Faschisten doch nicht der Lage Herr werden können. In diesem Falle wird die Volksfrontregierung als Sieger aus dem Kampfe hervorgehen, und bei der Unterwerfung der Arbeiter auf die Unterstützung des ausländischen Kapitals und der sozialistischen und kommunistischen Parteien rechnen können. Ein Sieg des Proletariats in Spanien (Nach der Auffassung der Trotzisten: Durchführung des Sozialismus in einem Lande) ist ausgeschlossen solange im übrigen Europa das Kapital Herr und Meister ist, solange nicht überall die Revolution ausbricht.

## IX.

Die Tatsache, dass die Entscheidung des Kampfes in Spanien ganz und gar von der Entwicklung der Dinge im übrigen Europa abhängt, macht es in diesem Falle besonders notwendig, die Haltung der Arbeiterorganisationen im Ausland gegenüber dem spanischen Bürgerkrieg zu besprechen. Sehen wir ab von den syndikalistischen und anarchistischen Organisationen, die sich selbstverständlich mit der spanischen revolutionären Bewegung solidarisieren, -- geschieht es dann auch oft in eigenartigen Wendungen, so bei den holländischen Anarchisten, denen das Anwenden organisierter Gewalt im Bürgerkrieg schwer im Magen liegt -- dann bleiben die sog. marxistischen, in Wirklichkeit sozialdemokratischen, II., III., und IV. Internationalen übrig. Die Rolle der II. und III. Internationale ist ohne weiteres deutlich. Sie unterstützen in allen wesentlichen Fragen die bürgerliche Politik ihrer Länder und versammeln Liebesgaben; die Rote Hilfe will Notverbände senden für "die armen Schlachtopfer des Faschismus". Die politik der IV. Internationale aber hat eine andere Bedeutung.

Die IV. Internationale erwartet von der Entwicklung in Spanien ein ähnliches Resultat wie in Russland. Wir haben schon auseinandergesetzt, dass dies unmöglich ist, einmal weil die Kraftverhältnisse und Bauern ganz andere sind, dannaber weil die ausländische Intervention in letzter Instanz entscheidet. Das heisst aber, Die Revolution, soweit sie in Spanien ausgefochten wird, trägt viel mehr wie in Russland



proletarisch, kommunistischen Charakter, was zugleich das Eingreifen aller kapitalistischen Mächte um so wahrscheinlicher macht. Natürlich besteht, wenn die Arbeiter militärisch nicht niedergeworfen werden, die Möglichkeit einer demokratischen Regierung, die vorläufig an die Arbeiter eine Reihe von Konzessionen macht. Aber solange die proletarische Revolution nicht international um sich greift, wird das Kapital in Spanien nicht enteignet werden können, vor allem nicht der Teil, der in den Händen des Auslandes ist. Die andere Möglichkeit ist, dass der spanische Bürgerkrieg der Auftakt zum internationalen Kriege ist. In diesem Falle wird mit den Truppen und Waffen der feindlichen imperialistischen Grossmächte auch auf spanischem Boden um die Vorherrschaft im Mittelmeer und für die Interessen der kriegführenden Staaten gekämpft. Die proletarische Revolution wird hierdurch erstickt.

Unter diesen Umständen schreibt die trotzkistische "Nieuwe Fakkelt", (Amsterdam): "Was uns freut in der Aktivität der II. Internationale ist der folgende Aufruf: Verlangt von allen demokratischen Staaten dass, in Übereinstimmung mit den Bestimmungen des internationalen Rechts, die gesetzliche Regierung von Spanien die Mittel bekommen kann, die für ihre Verteidigung nötig sind."...

Die Fakkelt fragt, weshalb nur an die demokratischen Staaten und nicht auch an Russland appelliert wird und findet den Ausdruck: internationales Recht eine Phrase. Auch hat sie noch hier und dort einige Kleinigkeiten auszusetzen, aber im Wesentlichen begrüsst sie diese "Solidarität der II. und der Gewerkschafts-Internationale."

Die Fakkelt konnte wissen, dass Unterstützung der "Volksfrontregierung" durch die kapitalistischen Regierungen der "demokratischen Länder" nichts anderes ist als ein maskierter Kampf gegen die spanischen revolutionären Arbeiter. Es ist wieder der "Leninismus", der die Anhänger der IV. Internationale blind macht. Erst müssen die Arbeiter zusammen mit der Volksfrontregierung die Faschisten niederwerfen, und erst dann wird es Zeit gegen die Volksfront zu kämpfen, so lautet ihre Marschorder. Aber dabei übersehen sie, dass diese "Bundgenossen" tausendmal lieber die Arbeiter an die Faschisten verraten, ehe sie dieselben zur Macht kommen lassen. Die Fakkelt hat darum wahrscheinlich auch nicht bemerkt, wie jetzt schon die Arbeiter gegen die Volksfrontregierung kämpfen, um ihre Macht zu behaupten, die sie behalten müssen, wenn der Kampf gegen die Faschisten irgend welche Aussicht auf Erfolg haben soll. Die Fakkelt wusste ebenso wenig über die Massnahmen der Volksfrontregierung zu berichten, die auf die Entwaffnung der Arbeitermiliz gerichtet sind, und die Ausübung des "Ordnungsdienstes" wieder der Polizei, Guardia Civil und dem staatlichen Militärapparat übertragen wollen. Nur wer sich auf die Seite der Volksfrontregierung stellt, sieht in solchen Massnahmen keinen Angriff auf die Arbeiterschaft. Aber die Konsequenz davon ist, dass man dann auch an der Seite der reaktionären Mächte steht, die in der "demokratischen" Bourgeoisie verkörpert sind.

Gerade diese Frage verdient die vollste Aufmerksamkeit. Eben weil die internationale Situation immer gespannter wird, ist es durchaus nicht ausgeschlossen, dass der Kampf in Spanien zu einem internationalen Kriege auswächst. Welche Haltung wird dann die IV. Internationale einem solchen Kriege gegenüber annehmen; einem Kriege, der die Verteidigung der Volksfrontregierung den Faschisten in Spanien, Italien, und Deutschland gegenüber, zum Einsatz hat? Dann ist sie die Gefangene ihrer eigenen Propaganda von heute; aber das bedeutet, dass sie in diesem Kriege "gegen den Faschismus" an der Seite der eigenen demokratischen Bourgeoisie steht.

Es besteht nun einmal kein prinzipieller Unterschied zwischen der Unterstützung der spanischen Volksfrontregierung, durch kapitalistische Regierungen, heute im "Frieden" und morgen im internationalen Kriege. In beiden Fällen wird dem bürgerlichen Element geholfen, nur tritt im Kriegsfall die spanische Volksfrontregierung offen in die imperialistische Kriegsfront ein. Es braucht nicht erst gesagt zu werden, dass gegenüber dieser gewaltigen Macht, sich die selbständige Macht der spanischen revolutionären Arbeiter nicht behaupten kann. Die spanische Arbeiterrevolution wird damit unmittelbar erstickt. Und die Arbeiterorganisationen der II., III. und IV. Internationale in England, Frankreich, Belgien und Holland helfen dabei, wenn sie ihre Regierungen auffordern die Volksfrontregierung zu unterstützen, heute, und auch wenn diese Länder direkt in den Krieg hineingezogen sind.

Die proletarische Revolution kann nicht verteidigt werden durch die Bourgeoisie. Die Revolution kann nur verteidigt werden durch das internationale Proletariat. Das internationale Proletariat hat keine Veranlassung die "demokratischen" Regierungen zu ersuchen, sich in den Kampf in Spanien einzumengen. Seine einzige Aufgabe ist, eine Intervention unmöglich zu machen indem es den revolutionären Kampf gegen die eigene Bourgeoisie aufnimmt. Allein auf diesem Wege kann das internationale Proletariat durch die Tat den spanischen Arbeitern Solidarität beweisen.



